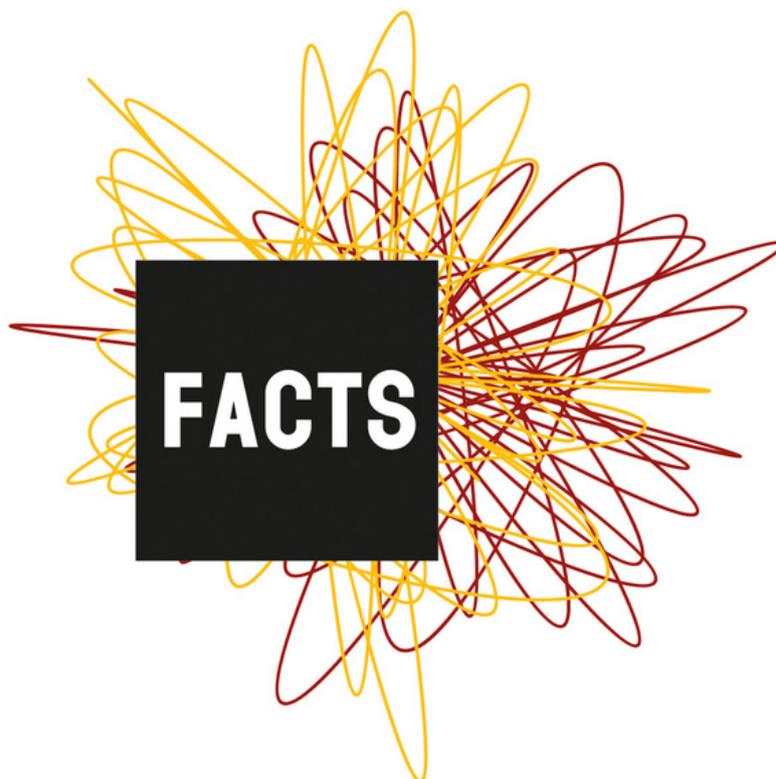


FACTS: From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union

Dies ist eine Übersetzung des Werks "FACTS: From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories", das ursprünglich in englischer Sprache von CIDOB (Barcelona Centre for International Affairs) im Jahr 2022 als CIDOB-Monographie #84 (ISBN: 978-84-18977-05-3) veröffentlicht wurde. Die Texte werden in digitalem Format im offenen Zugang und unter der Creative Commons AttributionNonCommercial-ShareAlike 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0) Lizenz veröffentlicht.

Dieses Projekt wird im Rahmen des Zuschussbeschlusses Nr. 615563 und der Abkürzung FACTS aus dem Programm „Europa für Bürger:innen“ der Europäischen Union finanziert. Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Erstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar, welcher nur die Ansichten der Verfasser wiedergibt, und die Kommission kann nicht für eine etwaige Verwendung der darin enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.

Alle Rechte vorbehalten. Der Abdruck oder die vergleichbare Verwendung von Arbeiten vom Progressiven Zentrum auch in Auszügen sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung von Das Progressive Zentrum wider.

© Das Progressive Zentrum e.V., September 2022

*V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3 | 10577 Berlin, Deutschland*

*Vorstand: Wolfgang Schröder, Judith Siller
Geschäftsführer: Dominic Schwickert*

www.progressives-zentrum.org

Twitter: @DPZ_Berlin

Kontakt: mail@progressives-zentrum.org

Inhaltsverzeichnis

From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories: Eine Einführung in Fakten, Überzeugungen und Debatten Carme Colomina Saló	3
Der Grundgedanke hinter FACTS: Warum wir die deliberative Demokratie in der EU fördern sollten George Andreou	5
FACTS nationale Vergleiche: Gemeinsame Spaltungen und Narrative Federico Castiglioni	11
FACTS Methodik: Ein Dialog zum Verständnis von Bürger:innen Adriano Rodari	19
FACTS-Abschlusskonferenz: Am Ende des Weges: Weitermachen Sophie Borkel und Héctor Sánchez Margalef	28
FACTS – From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories: Ein Projekt, das seinem Namen gerecht wird Krzysztof Głowacki	36
Über die Autor:innen	42
Anhänge	44

From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories:

Eine Einführung in Fakten, Überzeugungen und Debatten

Carme Colomina Saló

Research Fellow, CIDOB

Welche Narrative bestimmen das europäische Projekt? Wie wird die Europäische Union von ihren Bürger:innen wahrgenommen? Ist diese Wahrnehmung über verschiedene Trennlinien wie Geschlecht, Alter und Identität hinweg gleich? Welche Hoffnungen und Ängste bestimmen die Einstellung der Bürger:innen zur EU? All diese Fragen standen im Mittelpunkt des FACTS-Projekts. Ziel des Projekts war, die Standhaftigkeit des traditionellen Diskurses über Frieden und Wohlstand zu testen, der immer noch als wichtigste Errungenschaft der Europäischen Union beschworen wird, sowie die Gerüchte und falschen Narrative zu ermitteln, die die Wahrnehmung der Bürger:innen beeinflussen.

Das FACTS-Projekt war eine Übung des Zuhörens und Engagierens; interaktiv, inklusiv und kollaborativ; ein partizipativer Test, bei dem EU-Bürger:innen in Deutschland, Spanien, Polen, Griechenland und Italien vor dem schwierigen Hintergrund einer globalen Pandemie befragt wurden, die unsere gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und die Reaktionen der europäischen Regierungen ebenso herausforderte wie

unsere individuellen Bedürfnisse nach Sicherheit und Schutz (siehe Kapitel 1 und 2). Die diesem Projekt zugrunde liegende Methodik war darauf ausgerichtet, möglichst viele Bürger:innen in moderierte Dialoge einzubinden. Hierbei war man sich bewusst, dass man nicht erwarten konnte, die gesamte Bandbreite der Meinungen widerzuspiegeln, sondern einen Prozess anzubieten, der die zentrale Rolle der Bürger:innen hervorhebt, indem sie ihre eigenen Geschichten über Europa schildern (siehe Kapitel 3 und 5). Dieser qualitative Ansatz endete mit einem Dialog zwischen Parlamentarier:innen und Bürger:innen, der darauf abzielte, die Narrative, Gefühle und Einstellungen, die in jedem Land während der ersten Runde der Fokusgruppen aufkamen, mit ihren politischen Vertreter:innen zu verknüpfen.

Die Beziehung der Bürger:innen zum europäischen Projekt hat sich von einem alten freizügigen Konsens zu einem "einschränkenden Dissens" (Hooghe und Marks, 2009) entwickelt, der sich aus der Polykrise ergibt, von der die EU mehr als ein Jahrzehnt lang betroffen war. Diese Entwicklung wurde

auch durch die gegenwärtige sog. „information disorder“ verschärft, die zu einem polarisierten Aufeinanderprallen von Erzählungen in einer fragmentierten europäischen Öffentlichkeit geführt hat. Die im Rahmen des FACTS-Projekts festgestellte Pluralität der Narrative ist ein Zeichen für die komplexen Zeiten, die wir gerade durchleben, könnte aber auch als Hinweis auf eine wachsende politische Bedeutung von EU-Angelegenheiten in der Öffentlichkeit betrachtet werden (Bouza, 2013).

Eines der wertvollsten Ergebnisse des FACTS-Projekts war die Feststellung, dass die Unterschiede zwischen den Ländern weniger relevant sind als die Divergenzen innerhalb der Länder. Diese Polarisierung könnte darauf hindeuten, dass alle Mitgliedstaaten unweigerlich ihre nationalen Debatten europäisieren (siehe Kapitel 2). Ebenso wie die Abschlusskonferenz, an der Bürger:innen und Politiker:innen aus

den fünf Partnerländern teilnahmen, haben die nationalen Fokusgruppen jedoch deutlich gemacht, dass die regionale Dimension und die Wahrnehmung geografischer Trennlinien (Nord-Süd und Ost-West) nach wie vor präsent sind und die Einstellung der Bürger:innen zur EU prägen (siehe Kapitel 4). Debatten über Ungleichheiten zwischen Mitgliedstaaten, Bürger:innen, großen Standorten der Globalisierung und kleineren lokalen Identitäten waren während des gesamten Projekts präsent.

Aber über die Anerkennung der verschiedenen Narrative hinaus war das FACTS-Projekt eine Gelegenheit zum Dialog, eine Chance für deliberative Politik, ein ehrlicher Versuch, den Bürger:innen eine Stimme zu geben und in einem gemeinschaftlichen Unterfangen den Zustand des europäischen Projekts in den Augen seiner Bürger:innen zu testen.

Literatur

Bouza, Luís (2013): European narratives and the politicisation of the EU: Gone with the Wind or Game of Thrones?, in: *Cuadernos europeos de Deusto*, Nr.49, S. 47–69.

Hooghe, Liesbet/Gary Marks (2009): A postfunctionalist theory of European integration: From permissive consensus to constraining dissensus, in: *British Journal of Political Science*, Bd.39, Nr.1, S. 1–23.

Der Grundgedanke hinter FACTS:

Warum wir die deliberative Demokratie in der EU fördern sollten

George Andreou

Assistenzprofessor, Fakultät für Politikwissenschaften, Aristoteles-Universität Thessaloniki; Research Fellow, ELIAMEP

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind das Fundament, auf dem die Europäische Union steht. Die Demokratie ermöglicht es den Bürger:innen, Gesetze und öffentliche Politik auf europäischer, nationaler sowie subnationaler Ebene zu gestalten. Die Demokratie stützt sich jedoch auf Schutzmechanismen, „Checks and Balances“ und Institutionen, die ihre Aufgaben erfüllen und die Regeln der pluralistischen demokratischen Debatte aufrechterhalten. Damit die Beteiligung sinnvoll ist, müssen die Bürger:innen in der Lage sein, sich ihre eigene Meinung zu bilden und ihre Wahlentscheidungen in einem öffentlichen Raum zu treffen, in dem eine Vielzahl von Ansichten frei geäußert werden kann und in dem freie Medien, die Wissenschaft sowie die Zivilgesellschaft ihre Rolle bei der Förderung einer offenen Debatte ohne schädliche Einmischung aus dem In- oder Ausland spielen können. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Demokratie in einem Klima gedeiht, in dem sowohl die *Informationsfreiheit* als auch die *freie Meinungsäußerung* gefördert werden sodass jede:r ihre/seine Meinung

äußern kann – unabhängig davon, wie kritisch sie gegenüber Regierungen und Machthaber:innen ist.

Die digitale Revolution hat die demokratische Politik verändert und bietet den politischen Akteur:innen neue Möglichkeiten, Wähler:innen zu erreichen. Sie bietet auch neue Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und erleichtert einigen Gruppen – vor allem jungen Menschen – den Zugang zu Informationen sowie die Teilnahme am öffentlichen Leben und an der demokratischen Debatte. Andererseits hat die Digitalisierung auch diverse negative Auswirkungen auf den politischen Wettbewerb und die politische Kommunikation: Sie erleichtert es politischen Akteur:innen, sich aus unkontrollierten Quellen zu finanzieren; Cyberangriffe, die auf kritische Wahlinfrastrukturen abzielen; Online-Belästigung von Journalist:innen; und koordinierte Desinformationskampagnen, die schnell Hassrede, falsche Informationen und polarisierende Botschaften in den sozialen Medien verbreiten (vgl. European Commission 2020: 1-2).

Der Europäischen Kommission zufolge ist Desinformation eine „nachweislich falsche oder irreführende Information, die zum wirtschaftlichen Vorteil oder zur absichtlichen Täuschung der Öffentlichkeit erstellt, präsentiert und verbreitet wird und der Öffentlichkeit Schaden zufügen kann“ (European Commission 2018). Andere gängige Bezeichnungen für Desinformation sind „Informationsmanipulation“ und der unvollständige – und vielleicht sogar irreführende – Begriff „Fake News“, die beide in der Regel mit der „Post-Truth“-Ära oder dem Framework des „hybriden Krieges“ in Verbindung gebracht werden. Obwohl es sich nicht um ein neues Phänomen handelt, hat die Desinformation vor allem von den kontinuierlichen Fortschritten in der digitalen Technologie und der KI-Entwicklung profitiert. Zuletzt hat sich gezeigt, dass die Erstellung und Verbreitung von Desinformation mit zunehmender Vernetzung in der grenzenlosen (und im Allgemeinen unregulierten) digitalen Welt für böswillige Akteur:innen billiger und effektiver sowie für die Zielstaaten und -gesellschaften schwieriger zu erkennen und zu bekämpfen ist. Desinformation hat auch starke innenpolitische Wurzeln, da sie von populistischen und nationalistischen Politiker:innen mit einem ausgeprägten anti-europäischen und Anti-Establishment-Diskurs eingesetzt wird. Indem sie Misstrauen gegenüber der EU säen und einfache Schwarz-Weiß-Dichotomien malen, degradieren sie den Pluralismus, schüren toxische Polarisierung und Extremismus in ihren eigenen Ländern und leisten gleichzeitig die Arbeit derjenigen, die den Rückgang des

globalen Einflusses der EU anstreben und den Zerfall Europas fördern (vgl. Sebe et al. 2020: 338-339).

Die Debatte über Populismus und Desinformation in Europa ist eng mit der Debatte über die demokratische Legitimität der Europäischen Union verbunden. In der Tat haben die zahlreichen Krisen, die die EU und die Mitgliedstaaten in den letzten Jahren heimgesucht haben – insbesondere die Krisen im Zusammenhang mit der Eurozone und der Migration – nationalistischen und antieuropäischen Politiker:innen neue Munition geliefert und die Glaubwürdigkeit sowie Legitimität der EU in den Augen ihrer Bürger:innen weiter geschwächt. Legitimität ist nicht nur als Zustimmung der Bürger:innen zu einer Regierungsbehörde im klassischen Weberschen Sinne zu verstehen, sondern auch als Akzeptanz der Regierungstätigkeit einer solchen Behörde. Definiert man Legitimität in Bezug auf die Regierungstätigkeit, so ist sie verknüpft mit der Wirksamkeit der Politik und ihrer Leistung für das Gemeinwohl (*Output-Legitimität*), mit der Beteiligung und Vertretung der Bürger:innen sowie dem Eingehen der politischen Eliten auf die Anliegen der Bürger:innen (*Input-Legitimität*) sowie mit der Qualität der Regierungsverfahren (*Throughput-Legitimität*), einschließlich der Effizienz der politischen Entscheidungsprozesse, der Rechenschaftspflicht der Entscheidungsträger:innen gegenüber den zuständigen Gremien, der Transparenz ihres Handelns und des Zugangs zu Informationen sowie ihrer Offenheit und Inklusivität gegenüber

der Zivilgesellschaft (vgl. Schmidt 2021: 3-4).

In einer Zeit, die durch „Polarisierung, Populismus und Pessimismus“ (Taylor 2019) gekennzeichnet ist, nutzen öffentliche Akteur:innen zunehmend *repräsentative deliberative Prozesse*, um Bürger:innen direkter in die Lösung einiger der dringendsten politischen Herausforderungen einzubeziehen. Diese Prozesse sind zwar nicht „neu“ (die erste zeitgenössische Welle begann in den späten 1960er Jahren), aber es gibt einen neuen weltweiten Trend zu mehr Experimenten in Bezug auf ihren Zweck, ihr Design, ihre Verknüpfung mit anderen Beteiligungsformen sowie ihre Institutionalisierung. Deliberative Prozesse sind eine der innovativsten Methoden der Bürger:innenbeteiligung. Sie führen die antike Athener Praxis der Zufallsauswahl (Sortierung) wieder ein, aktualisiert durch moderne statistische Methoden, die eine Schichtung ermöglichen – eine Methode, die zur Gewährleistung der Repräsentativität eingesetzt wird. Diese Innovationen bieten die Möglichkeit nützlicher und interessanter Mechanismen zur Ergänzung bestehender repräsentativer demokratischer Institutionen. Literatur und Studien zu repräsentativen deliberativen Prozessen zeigen, dass sie – wenn sie institutionalisiert werden – das Potenzial haben, einem viel breiteren Spektrum von Bürger:innen eine Stimme und Handlungsfähigkeit zu verleihen, das Vertrauen in die Regierung wiederherzustellen sowie eine legitimere und effektivere öffentliche Entscheidungsfindung zu bewirken (vgl. OECD 2020).

Nach Angaben der OECD (2020) haben sich deliberative Prozesse insbesondere bei den folgenden Problemtypen bewährt:

- Wertegeleitete Dilemmata: Repräsentative deliberative Prozesse sind so gestaltet, dass sie aktives Zuhören, kritisches Denken und Respekt zwischen den Teilnehmenden fördern. Sie schaffen ein Umfeld, in dem komplexe ethische Fragen – für die es keine offensichtlichen oder „richtigen“ Lösungen gibt – auf zivilisierte Art und Weise diskutiert werden können, und ermöglichen es den Teilnehmenden, eine gemeinsame Basis zu finden.
- Komplexe Probleme, die Kompromisse erfordern: Repräsentative deliberative Prozesse sind so konzipiert, dass sie den Teilnehmenden Zeit zum Lernen, Nachdenken und Überlegen geben und ihnen Zugang zu einem breiten Spektrum an Fakten und Fachwissen von Beamt:innen, Akademiker:innen, Denkfabriken, Interessengruppen, Unternehmen und anderen Akteur:innen bieten. Diese Gestaltungsmerkmale ermöglichen es den Bürger:innen, sich mit der Komplexität der Entscheidungsfindung auseinanderzusetzen und Probleme im Rahmen ihrer rechtlichen, regulatorischen und/oder budgetären Beschränkungen zu betrachten.

- Langfristige Fragen, die über die kurzfristigen Anreize von Wahlzyklen hinausgehen: Viele Public Policy Fragen stellen schwierige Entscheidungen dar, deren Vorteile oft erst auf lange Sicht zum Tragen kommen, während die Kosten kurzfristig anfallen. Deliberative Prozesse tragen dazu bei, Maßnahmen und Ausgaben in solchen Fragen zu rechtfertigen, da sie so konzipiert sind, dass sie die von politischen Parteien und Wahlen motivierten Interessen ausschalten und die Teilnehmenden motivieren, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln.

Allerdings sind deliberative Prozesse kein Allheilmittel. Demokratische Gesellschaften stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die unterschiedliche Methoden der Lösung oder Beteiligung erfordern. So reichen deliberative Prozesse beispielsweise nicht aus, um die Probleme der politischen Inklusion und der kollektiven Entscheidungsfindung zu lösen. Deliberative Prozesse eignen sich auch nicht für dringende Entscheidungen; für Problematiken in späten Phasen der Entscheidungsfindung, in denen die möglichen Lösungen begrenzt sind; für Themen, die die nationale Sicherheit betreffen; oder für die Lösung von binären Fragen.

Dennoch zeigen Forschungsergebnisse, dass deliberative Prozesse Politiker:innen, Beamt:innen, den Prozessteilnehmenden selbst und der breiten Öffentlichkeit in vielerlei Hinsicht zugute kommen.

- Sie tragen zu *besseren politischen Ergebnissen* bei, weil die Beratung zu überlegten öffentlichen Entscheidungen und nicht zu öffentlichen Meinungen führt. Die meisten Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung sind nicht auf Repräsentativität oder Zusammenarbeit ausgelegt. Folglich können sie kontraproduktiv sein (eine Chance, Beschwerden vorzubringen, anstatt Lösungen oder eine gemeinsame Basis zu finden). Deliberative Prozesse schaffen den Raum für Lernen, Diskussionen und die Entwicklung von fundierten Empfehlungen, die für die politischen Entscheidungsträger:innen von größerem Nutzen sind.
- Sie verleihen den Entscheidungsträger:innen eine *größere Legitimität, um schwierige Entscheidungen zu treffen*. Diese Prozesse helfen den politischen Entscheidungsträger:innen, die öffentlichen Prioritäten sowie die dahinter stehenden Werte und Gründe besser zu verstehen und zu erkennen, wo ein Konsens möglich ist und wo nicht. Sie sind besonders nützlich in Situationen, in denen politische Blockaden überwunden und Kompromisse abgewogen werden müssen.
- Sie *stärken das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung und die demokratischen Institutionen*, indem sie den Bürger:innen eine wichtige Rolle bei der

öffentlichen Entscheidungsfindung einräumen. Die Menschen vertrauen eher einer Entscheidung, die von den Bürger:innen beeinflusst wurde, als einer, die allein von der Regierung getroffen wurde.

- Sie *fördern Respekt und Selbstwirksamkeit*. Die Einbeziehung der Menschen in die Entscheidungsfindung stärkt ihre politische Handlungsfähigkeit (die Überzeugung, dass man politische Angelegenheiten verstehen und beeinflussen kann).
- Sie *machen das Regieren inklusiver*, indem sie die Tür zu einer viel vielfältigeren Gruppe von Menschen öffnen. Deliberative Prozesse mit ihren Bürger:innenlotterien beziehen Menschen mit ein, die normalerweise nicht zu Public Policy und Entscheidungsfindung beitragen würden.
- Sie *stärken Integrität und verhindern Korruption* (sowie die öffentliche Wahrnehmung von Korruption), indem sie sicherstellen, dass diejenigen, die über Geld und Macht verfügen, keinen unangemessenen Einfluss auf eine öffentliche Entscheidung nehmen können.
- Sie *helfen, Polarisierung und Desinformation entgegenzuwirken*. Empirische Untersuchungen zeigen, dass „Echokammern“, die sich auf Kultur,

Identitätsbestätigung und Polarisierung konzentrieren, unter deliberativen Bedingungen nicht überleben, auch nicht in Gruppen von Gleichgesinnten (vgl. OECD 2020: 7).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass repräsentative deliberative Prozesse den Behörden geholfen haben, schwierige Entscheidungen bei einer Vielzahl von politischen Fragestellungen auf allen Regierungsebenen zu treffen, für die es zuvor einen politischen Stillstand oder einen Mangel an offensichtlichen Lösungen gab.

In den letzten Jahren, die von zahlreichen Krisen geprägt waren, sind in Europa Beispiele für innovative Formen der deliberativen Demokratie entstanden. Das herausragendste Beispiel ist natürlich die Konferenz zur Zukunft Europas, die für die EU eine große Chance darstellt, eine proaktivere Strategie zur Entwicklung neuer Formen der demokratischen Vertretung, Beratung und Rechenschaftspflicht in Betracht zu ziehen und eine weitsichtigere Vision der Demokratie zu fördern. Generell besteht die langfristige Herausforderung für die europäischen politischen Akteur:innen darin, Fakten und Werte in konkrete und dennoch flexible Strategien für demokratische Deliberation einzubinden, die zu politischem und sozialem Wandel führen. Es wurde vorgeschlagen, dass ein positives und substanzielles bürgerschaftliches Engagement über digitale Medien und soziale Netzwerke Hand in Hand mit Qualitätsjournalismus und Medienkompetenz gehen sollte, um kritisches Denken und emotionale Intelligenz in der breiten Öffentlichkeit

zu fördern. Es ist zu erwarten, dass die mit Fakten bewaffneten Bürger:innen konstruktive Beratung einfordern, den demokratischen Institutionen positive Kraft verleihen, deren Repräsentativität verbessern, und dadurch die Legitimität erhöhen. Eine faktengestützte Deliberation in repräsentativen Gremien, direkte Kanäle, um den

Anliegen und Entscheidungen der Bürger:innen eine Stimme zu geben, und unterstützende Mechanismen, um Regierungen und Beamt:innen zur Rechenschaft zu ziehen, können die Demokratie in Europa vor dem Ansturm von Populismus, Nationalismus und Antieuropäismus retten (vgl. Blockmans 2020: 376).

Literatur

Blockmans, Steven (2020): Participatory fusion: How to galvanise representative democracy with deliberative tools, in: Blockmans, Steven/Sophia Russack (Hrsg.), *Deliberative Democracy in the EU; Countering Populism with Participation and Debate*. Brussels: CEPS, S. 357–381.

European Commission (2018): Building trust in human-centric AI; Ethics Guidelines for Trustworthy Artificial Intelligence (AI), Independent High-Level Expert Group on Artificial Intelligence, [online] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/ethics-guidelines-trustworthy-ai> [abgerufen am 24.06.2022].

European Commission (2020): On the European democracy action plan, in: Communication From the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Nr.790.

OECD (2020): *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions; Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing.

OECD (2021): Eight ways to institutionalise deliberative democracy, in: OECD Public Governance Policy Papers, Nr.12.

Schmidt, Vivien A. (2021): European emergency politics and the question of legitimacy, in: *Journal of European Public Policy*, Bd.29, Nr.6, S. 979–993.

Sebe, Mihai/Bogdan Mureşan/Eliza Vaş (2020): How can technology facilitate citizen participation in the EU?, in: Blockmans, Steven/ Sophia Russack (Hrsg.), *Deliberative Democracy in the EU; Countering Populism with Participation and Debate*. Brussels: CEPS, S. 333–346.

Taylor, Matthew (2019): Rebalancing the policy and politics arms race, RSA [online] <https://www.thersa.org/discover/publications-and-articles/matthew-taylor-blog/2019/05/rebalancing-the-policy-and-politics-arms-race> [abgerufen am 24.06.2022].

FACTS nationale Vergleiche:

Gemeinsame Spaltungen und Narrative

Federico Castiglioni

Researcher, Istituto Affari Internazionali

In der lang anhaltenden Debatte über die Zukunft des europäischen Projekts wird immer wieder das Fehlen einer definierten gemeinsamen Identität beklagt. Dieses kulturelle Defizit wird häufig als eine der größten Schwächen der Europäischen Union (EU) gesehen und von mehreren euroskeptischen Parteien auf dem ganzen Kontinent als Argument für die Gewinnung von Unterstützer:innen angeführt. Werden die Bürger:innen jedoch direkt befragt und in einen echten Austausch über diese Themen einbezogen, so ergibt sich eine weitaus komplexere Realität. Im Rahmen von FACTS wurden politische Narrative über Europa in fünf EU-Ländern untersucht und verglichen: Deutschland, Spanien, Polen, Griechenland und Italien. Aus diesem heterogenen Spektrum zogen die institutionellen Partner:innen des Projekts einige Schlussfolgerungen über Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der öffentlichen Meinung über die EU. Diese vergleichende Perspektive war besonders aufschlussreich für das zentrale Ziel des Projekts: die Quellen der Desinformation über die EU und

ihre Auswirkungen auf die öffentliche Meinung zu erkennen.

In allen fünf Ländern, in denen die Untersuchung durchgeführt wurde, wurde ein unzureichendes Maß an Diskussionen über europäische kulturelle Themen festgestellt, gemeinsam mit der Wahrnehmung einer unzureichenden Top-Down-Kommunikation.

Interessanterweise kam diese Kritik unmittelbar von den Bürger:innenforen selbst, da sie sich darüber beklagten, dass ihr jeweiliges nationales politisches System nicht in der Lage sei, das notwendige Wissen über europäische Themen und Politik im Allgemeinen zu vermitteln. Gleichzeitig wurde in den verschiedenen Gesprächen auf nationaler Ebene eine übergreifende Ähnlichkeit der Perspektiven deutlich, die sich in gemeinsamen Ängsten und Hoffnungen für die Gegenwart und Zukunft Europas manifestierte. Diese Ansichten waren in der gesamten Debatte bemerkenswert, vor allem aber in den Diskussionen über Außenpolitik und Desinformation. Ein weiteres interessantes Ergebnis war das

Bestehen eines transnationalen Generationsgefälles zwischen jüngeren und älteren Teilnehmenden, das die Meinungen und Positionen von Gruppen und Einzelpersonen stark beeinflusste. Die große Schnittmenge vieler Themen könnte der Ausgangspunkt für die Entstehung eines Bewusstseins für eine gemeinsame europäische Identität sein, wenn nicht sogar die Identität selbst.

Vereint in der Divergenz

Ziel des Projekts war es, zufällig ausgewählte – aber repräsentative – Gruppen von Bürger:innen in fünf EU-Ländern zu befragen: Deutschland, Spanien, Polen, Griechenland und Italien. In jedem Land schlug eine private Einrichtung oder ein Forschungszentrum, das mit FACTS verbunden ist, den Teilnehmenden einen offenen Fragebogen vor, um einen fairen und umfassenden Austausch über eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit der öffentlichen Darstellung europäischer Angelegenheiten, Stereotypen und Desinformation zu fördern. Anschließend präsentierte jede:r Organisator:in eine Zusammenfassung aller auf nationaler Ebene durchgeführten Rundtischgespräche, um einen transnationalen Vergleich zu ermöglichen¹.

Das erste bemerkenswerte Ergebnis von FACTS war, dass die Wahrnehmung einer geografischen Kluft innerhalb der

EU nach wie vor stark ist. In allen Ländern wird das Vorhandensein zweier unterschiedlicher Integrationsbereiche – nämlich eines reicheren und stärker integrierten „Zentrums“ und einer ärmeren „Peripherie“ – als ein Hauptproblem der EU genannt, das wahrscheinlich von einer weiteren Integration abhält. Diese Spaltung wurde von Ländern, die sich als Mitglieder des Kerneuropas sehen (z. B. Deutschland), und von Ländern, die sich am Rande fühlen (z. B. Griechenland und Spanien), gleichermaßen anerkannt und bedauert. Überraschenderweise steht das Gefühl, aus dem „Zentrum“ ausgeschlossen zu sein, nicht immer im Zusammenhang mit einem Ost/West- oder Nord/Süd-Gefälle, sondern wird mit anderen Begriffen umschrieben. In Polen zum Beispiel hatte man das Gefühl, nicht ganz gleichberechtigt mit den anderen Europäer:innen zu sein, während in Italien die Trennung zwischen den großen Zentren der Globalisierung und den kleineren lokalen Realitäten bestand.

In einigen südlichen Ländern wurde diese Spaltung als ein politisch sehr heikles Thema empfunden, das das gesamte Gespräch und die Herangehensweise an die Europäische Union beeinflussen kann. Die Griechen bezeichneten sie in einem ihrer Rundtischgespräche als "ein Direktorium mächtiger Mitgliedstaaten", die "den schwächeren Mitgliedstaaten ihre Präferenzen aufzwingen". Auch die deutschen Teilnehmenden waren sich einig, dass Europa heutzutage durch seine Ungleichheiten gehemmt wird, die

¹ Siehe Kapitel 3.

nicht nur wirtschaftlicher Natur sind, sondern auch die unterschiedliche Behandlung der EU-Bürger:innen in den einzelnen Mitgliedstaaten betreffen. Die schwankende Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen wurde als Beispiel besonders hervorgehoben².

Aus dieser europäischen Spaltung resultiert die zweite wichtige Erkenntnis von FACTS: die zunehmend schwierige Assoziierung der EU mit den Begriffen Frieden und Wohlstand. Auch in dieser Frage folgt die Zersplitterung einer geografischen und historischen Trennung. Aus wirtschaftlicher Sicht besteht die Kluft zwischen Ländern wie Deutschland und Polen, in denen die EU-Mitgliedschaft als große Chance gesehen wird, und südlichen Mitgliedstaaten wie Spanien und Griechenland, in denen eine deutliche und unverhohlene Unzufriedenheit herrscht. Viele griechische, spanische und einige italienische Bürger:innen äußerten sich besorgt über ihre wirtschaftliche Zukunft und kritisierten die EU-Institutionen scharf für die harte (und vermeintlich unfaire) Reaktion auf die Finanzkrise 2008.

Nach Ansicht vieler Bürger:innen dieser Länder gefährden die vergangenen und gegenwärtigen Fehler der EU im wirtschaftlichen Bereich das Erreichen von dauerhaftem Wachstum und Wohlstand, – das Brüssel aktiv vorangetrieben hat. Diese unterschiedlichen Gefühle spiegeln sich symbolisch in der gemeinsamen

² Auch bei den Rundtischgesprächen in Italien und Spanien wurde dieses Thema angesprochen, wenn auch weniger deutlich.

Währung wider, die von den deutschen Teilnehmenden als einer der besten Indikatoren für die Einigung und von den Italiener:innen als Zeichen für ein seelenloses Europa genannt wird. Was den Frieden betrifft, so erkannten alle Teilnehmenden aus allen Ländern an, dass die Erreichung eines stabilen Europas nach Jahrhunderten der Kriege eine der größten Errungenschaften der EU ist. Dennoch zeigten sich alle ähnlich besorgt über den ständigen Ausnahmezustand an den Grenzen des Kontinents und fragten sich, warum der Block so unfähig zu sein scheint, externe Krisen zu bewältigen. Das Thema, das in diesem Bereich die größte Besorgnis hervorrief, war vorhersehbar die Migration, deren Management fast einstimmig als Fehlschlag bezeichnet wurde.

Zwischen Alter und Identität

Neben der strauchelnden Position der EU als Garant für Frieden und Wohlstand wurden je nach der persönlichen Sensibilität der einzelnen Teilnehmenden und dem nationalen Diskurs über Europa weitere Mängel in verschiedenen Bereichen festgestellt. In Spanien wurde besonders auf die unzureichenden Leistungen im Bereich des Umweltschutzes und der Sozialpolitik hingewiesen. In Polen herrschte Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungsträger:innen, die die nationalen Interessen in Brüssel vertreten. In Spanien und Deutschland wurde die Notwendigkeit eines Abbaus der europäischen Bürokratie

hervorgehoben, während die italienischen Teilnehmenden das schmerzliche Fehlen einer gemeinsamen Verteidigung betonten.

Die gleichen Nuancen zeigten sich auch bei der Befragung der Teilnehmenden zu den Erfolgen und positiven Seiten Europas, die in den einzelnen Ländern meist mit unterschiedlichen Aspekten der Freizügigkeit in Verbindung gebracht wurden. In Griechenland wurde die Visafreiheit als bemerkenswerte Errungenschaft angesehen, die mit einem Aufschwung des Tourismus verbunden ist. In Polen wurde das Recht, im Ausland zu arbeiten, sehr geschätzt, ebenso wie die Reisefreiheit und die Investitionen in Einrichtungen und Infrastruktur. In Spanien und Deutschland wurden das Erasmus-Mobilitätsprogramm für Studierende und die Bewältigung der Pandemie positiv hervorgehoben. In Italien fand neben Erasmus und Freizeitreisen auch die Rolle der EU bei der Gewährleistung einer besseren internationalen Stabilität Erwähnung.

Erneut zum Vorschein kamen die nationalen Positionen bei den Identitätsdebatten. Diese Frage tauchte immer wieder auf und brachte gegensätzliche Meinungen zum Vorschein, wobei in Deutschland und Italien die Euro-Zugehörigkeit vorherrschte, während in Spanien und Griechenland die Euro-Distanzierung dominierte. Vor allem in letzterem Land gab es ein Gefühl der Trennung zwischen einer theoretischen europäischen Identität und der

nationalen Identität, die sich manchmal nicht verbergen ließ³. In Spanien definierten die Teilnehmenden Europa als eine "Utopie", kämpften mit dem Begriff der Identität und betonten die Abwägung zwischen einer Karriere in Europa und in einem Mitgliedstaat. In ähnlicher Weise beklagten die griechischen Bürger:innen die schlechte Kommunikation mit den EU-Beamt:innen und behaupteten, dass Griechenland in der EU kaum präsent sei. In fast allen Fällen zeigte die Debatte einen Widerspruch zwischen der konzeptionellen Idee von Europa und der institutionellen Ausprägung der Europäischen Union.

Alle nationalen Organisator:innen berichteten, dass das Alter die Debatte je nach Thema mehr oder weniger stark beeinflusste und bei der Trennung der Gruppen eine wichtigere Rolle spielte als Kategorisierungen wie Geschlecht oder Mobilisierung. Der erste Unterschied zwischen den Altersgruppen betraf die bevorzugten Informationsquellen. Ein Großteil der älteren Teilnehmenden gab an, dass sie sich auf traditionelle Medien wie Fernsehen und Zeitungen verlassen und die meisten Internetchrichten als nicht vertrauenswürdig abtun. Im Gegensatz dazu gaben die jüngeren Generationen an, dass sie Online-Informationen eindeutig bevorzugen, seien es die Websites der Nachrichtenmedien, offizielle Kommunikationskanäle oder soziale

³ Nach Ansicht der kritischsten Bürger:innen war und kann die europäische Identität eine Identität sein, die sich mit den zentralen Kernländern des Blocks überschneiden kann, nicht aber mit den sekundären Mitgliedern.

Medien wie Twitter und Facebook. Trotz dieser Unterschiede war die fast einhellige Meinung, dass die EU nicht genug mit ihren Bürger:innen kommuniziert und dass die nationalen Institutionen nicht bereit sind, dieses Problem anzuerkennen.

Diese übergreifende Unzufriedenheit deutet darauf hin, dass die von den Bürger:innen gewünschten Informationen entweder unerreichbar oder (was wahrscheinlicher ist) ohne individuelle Fähigkeiten wie Sprachkenntnisse oder ein hohes politisches Bewusstsein schwer zu finden sind. Der zweite Unterschied zwischen den Altersgruppen entspricht dem Unterschied zwischen mobilisierten und nicht-mobilisierten Teilnehmenden und betrifft die Beziehung der/des Einzelnen zur EU. Einige Bürger:innen gaben an, dass sie sich dem europäischen Projekt sehr verbunden fühlen, während andere eine sehr skeptische Haltung an den Tag legten. Natürlich sind Fremdsprachenkenntnisse und/oder Lebenserfahrungen in anderen Ländern Faktoren, die bei der Entwicklung einer solchen persönlichen Bindung eine Rolle spielen. Das Alter ist zwar in allen Ländern ein relevanter Faktor, aber in Süd-/Osteuropa ist er offenbar besonders wichtig.

In Spanien warfen die jüngeren Teilnehmenden den Gedanken des Eigeninteresses der EU ein und fragten sich, ob die Union nicht eher ihre eigenen Interessen verfolgen sollte, als einen offenen, liberalen Ansatz zu

verfolgen. In Polen sahen die Teilnehmenden die EU als ein mächtiges Instrument in den Händen der jüngeren Generationen an, die angeblich eher bereit seien, ihre Chancen zu nutzen. In Italien erklärten die jüngeren Bürger:innen, dass die EU immer Teil ihres Lebens gewesen sei und sie sich eine Welt ohne sie nicht vorstellen könnten. In Griechenland war diese Gruppe von Teilnehmenden offenbar recht positiv und optimistisch, was die Zukunft der EU-Institutionen angeht.

Die Priorität der (In)formation

Eines der Hauptziele des Projekts war es, die Kanäle zu ermitteln, die Nachrichten über die EU liefern und die Meinungsbildung der Bürger:innen am stärksten beeinflussen. FACTS sollte die Hauptinformationsquellen, denen die Bürger:innen folgen, herausstellen und das gesellschaftliche Bewusstsein für ungläubwürdige EU-bezogene Informationen verstehen. Wie bereits erwähnt, war man sich in diesem Punkt – unabhängig von der nationalen Identität – einig, dass es an institutionellen Bemühungen mangelt, die europäische Öffentlichkeit mit verlässlichen Fakten zu versorgen. Ein zweites damit zusammenhängendes und charakteristisches Merkmal dieser Diskussion war, wie schwer sich viele Bürger:innen mit einer Auseinandersetzung mit Desinformationen taten und damit, mögliche versteckte Absichten hinter der Verbreitung dieser Fake News zu erkennen. Die Existenz eines realen,

strukturellen Phänomens, das darauf abzielt, die europäische Gesellschaft zu desinformieren und welches sich speziell gegen die EU als Institution richtet, wurde erkannt.

– vor allem gegenüber denen, die sie nicht nutzen. Fernsehen, Zeitungen, soziale Medien und Online-Netzwerke wurden allesamt als unzuverlässig und stark politisiert angesehen. Offizielle



Mehrere Teilnehmende meinten, dass solche Desinformationskampagnen darauf abzielen, die politischen Prioritäten von Drittländern wie China und Russland zu fördern. Nach Ansicht anderer entsteht Desinformation tatsächlich aus der Suche nach Selbstidentifikation in Online-Netzwerken. Diese bilden inoffizielle Gemeinschaften, die ein umfassendes Weltbild und das Bedürfnis haben, sich auf gemeinsame Positionen zu einigen (z.B. Euroskeptizismus, Verschwörungstheorien, COVID etc.). Auf der anderen Seite äußerten fast alle Teilnehmenden ein tiefes Misstrauen gegenüber den Medien im Allgemeinen

institutionelle Kanäle waren dagegen die einzigen Quellen, die als zuverlässig genannt wurden – wenn auch weder benutzerfreundlich noch gut strukturiert.

Vor diesem Hintergrund wurde bei allen *Roundtable*-Gesprächen in ähnlicher Weise eine zunehmende „Europäisierung“ der nationalen politischen Debatte festgestellt. In einigen Ländern, wie z.B. Italien, wurde dieser schnelle Wandel explizit eingeführt, da die Bürger:innen selbst eine zunehmende Vertrautheit mit EU-assoziierten Begriffen (wie „Schengen“ oder „Spread“) und/oder eine bessere Kenntnis der Innenpolitik

anderer Mitgliedsstaaten (vor allem Frankreich und Deutschland) feststellten. Insbesondere ältere Menschen beobachteten eine Veränderung in der Darstellung Europas in den Medien und die Einführung neuer – früher wenig bekannter politischer Persönlichkeiten in die Öffentlichkeit – wie z.B. den Präsidenten der Kommission oder der EZB. Auch in Ländern wie Polen oder Griechenland wächst die Vertrautheit mit der EU, auch wenn man mit technischen Fragen wie Verträgen oder als „hochpolitisch“ empfundenen Entscheidungen nicht vertraut ist. Das Bewusstsein, Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein, sollte jedoch nicht als Synonym für Europhilie angesehen werden. Vielmehr wird die Vertrautheit mit diesen Begriffen oft mit unruhigen Zeiten in der jüngeren Geschichte einiger Länder in Verbindung gebracht. Mehrere Teilnehmende waren der Meinung, dass die steigende Popularität der EU negative Auswirkungen hat, und stellten den demokratischen Prozess in Frage, der zur Schaffung einer so starken Institution geführt hat.

Fazit

FACTS sollte das Problem der Desinformation angehen, indem es Bürger:innen aus fünf verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zusammenbrachte, um über diese Herausforderung zu diskutieren. Obwohl der Hauptzweck darin bestand, zu verstehen, wie stark sogenannte „Fake News“ die europäische Gesellschaft beeinflussen,

war der Austausch in jedem Land am Ende lebendiger und berührte eine breite Palette von Themen. In allen Bereichen herrschte große Einigkeit in der Wahrnehmung. Alle Bürger:innen sahen in der EU eine ähnliche Aufteilung in Zonen mit unterschiedlicher Integration (Kern und Peripherie). Die häufigste Assoziation war die Trennung zwischen den nördlichen und südlichen Ländern. In ähnlicher Weise kam bei jedem *Roundtable*-Gespräch eine gewisse Unzufriedenheit mit der EU zum Vorschein, entweder wegen spezifischer Mängel (keine Außenpolitik, Sparmaßnahmen, Bürokratie) oder wegen eines allgemeinen Mangels an demokratischer Verantwortlichkeit (Information, Verwirrung über die institutionelle Architektur)⁴.

Diese Kritik sollte nicht mit einer völligen Ablehnung des europäischen Projekts verwechselt werden. Viele Europhile lobten beispielsweise die EU für ihre politischen Erfolge, kritisierten aber auch, dass die Institutionen nicht genug leisteten. Negative Beurteilungen der EU-Architektur waren keine Seltenheit und betrafen vor allem das Vetorecht des Rates und/oder den übermäßigen Einfluss der mächtigen Mitgliedstaaten. Umgekehrt schätzten alle Bürger:innen (selbst die Euro-kritischsten) die Möglichkeit, ohne Visum durch den Schengen-Raum zu reisen und im Ausland zu arbeiten und zu studieren. Darüber hinaus bewerteten fast alle

⁴ Auch wenn niemand ausdrücklich von einem „Demokratiedefizit“ sprach, so war das Gefühl der mangelnden Kontrolle über die Institutionen doch ein wiederkehrender Kritikpunkt der Bürger:innen in allen Ländern.

Teilnehmenden die EU-Außenpolitik positiv und forderten eine stärkere einheitliche Stimme im Weltgeschehen. Die weitgehende Einmütigkeit der Meinungen in vielerlei Hinsicht veranlasste einige Teilnehmenden dazu, die Definition von „Euroskeptizismus“ in Frage zu stellen, da diese Kritik eher als demokratischer und legitimer Austausch mit den Institutionen selbst verstanden wurde.

Die *Roundtables* waren auch in Bezug auf die politische Wahrnehmung und die Altersunterschiede gleich verteilt. Im ersten Fall beobachteten die Forschenden zwei unterschiedliche Zukunftsängste. Für die einen stand die Sorge im Vordergrund, dass die nationale Souveränität weiter an die EU abgetreten wird, wodurch ihr Land jeglichen politischen Einfluss verlieren würde. Diese Revolution würde sie in die Hände einer supernationalen Organisation mit Sitz in Brüssel begeben, deren letztendlichen Ziele unklar sind. Für andere war die schlimmste Befürchtung der Zusammenbruch der Globalisierung und die Aussicht, dass ihr Land nicht mehr mit feindlichen ausländischen Mächten konkurrieren könnte. In diesem Szenario würde ihr persönliches Leben in die Hände von Mächten gelegt, die keine Rechenschaft ablegen müssen.

Schließlich variierten diese Ängste, wie bereits erwähnt, je nach Altersunterschied, der in einigen Fällen – im Vergleich zu anderen Parametern wie Geschlecht oder Mobilisierung – den wichtigsten sozialen Indikator darstellte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den fünf Ländern gegenüber den Differenzen überwiegen, die sehr gering sind und eher auf gelegentlichen Schwerpunkten als auf grundlegenden gegensätzlichen Ansichten beruhen. Dieses unglaubliche Maß an Gemeinsamkeiten zwischen den fünf Ländern deutet darauf hin, dass eine allgemeine EU-Debatte allgemeine EU-Debatte im Entstehen begriffen ist, die dieselben Annahmen, Hoffnungen und Ängsten teilt. Darüber hinaus sind die Unterschiede zwischen den Ländern weniger relevant als die Divergenzen innerhalb der Länder. Diese Polarisierung könnte darauf hindeuten, dass alle Mitgliedstaaten unweigerlich ihre nationale Debatte europäisieren. Die sich überschneidenden (Des-)Informationsquellen verbinden transnationale Gruppen von Bürger:innen, werfen Fragen auf und regen eine kontinentale Debatte an, die eine gemeinsame politische Sprache spricht.

FACTS Methodik:

Ein Dialog zum Verständnis von Bürger:innen

Adriano Rodari

Fellow Apropos; zuvor Projektmitarbeiter Open European Dialogue German Marshall Fund of the United States (GMF)

„Wenn wir über Europa sprechen, sind die Bürger:innen verwirrt, sie haben das Gefühl, nicht genug Informationen zu haben – und um ehrlich zu sein, geht es mir genauso. Auch ich weiß nicht immer, was vor sich geht, wir erhalten nicht viele Informationen – es sei denn, man arbeitet in der Kommission für europäische Angelegenheiten. Ich persönlich muss einen Kollegen, der dort arbeitet, bitten, mich auf den neuesten Stand zu bringen ... und ich bitte ihn regelmäßig, mir zu sagen, was dort diskutiert wird.“

„Normalerweise kommt Europa nicht so oft zur Sprache, die Leute wissen nicht, dass einige Dinge, die in unserer Hauptstadt entschieden werden, eigentlich auf europäischer Ebene entschieden werden, deshalb müssen wir mehr informieren.“

„Für unsere Demokratien ist es wichtig, dass wir lernen, uns die Ansichten anderer Länder anzuhören.“

Scrollt man durch die Beiträge in den sozialen Medien unter dem Hashtag #EU, findet man eine Reihe von

Ergebnissen: offizielle Informationen über den jüngsten Vorschlag der Europäischen Kommission, Zitate von europäischen Rechtsexpert:innen, die zur Krise der Rechtsstaatlichkeit befragt wurden, sowie Tweets, die die europäische Reaktion auf Krisen scharf kritisieren, direkt gefolgt von einem Beitrag, der unverhohlenen Desinformationen über die Europäische Union verbreitet. Dies geschieht jeden Tag. Auf verschiedenen Kommunikationsmedien. In verschiedenen Sprachen.

In diesem ständigen Informationsfluss stellt sich die Frage, was den Bürger:innen tatsächlich im Gedächtnis bleibt, wie sie über Europa denken und wo sie meinen, dass die EU aktiver sein sollte. Mit dem Ziel, dies herauszufinden, wurde die Methodik des FACTS-Projekts entwickelt, um die Merkmale, Erwartungen und Eigenschaften zu erfassen, die die Bürger:innen mit der Europäischen Union verbinden.

Den Bürger:innen zuzuhören und die Narrative zu erkennen, erforderte einen

organisatorischen und methodischen Aufwand, der über das einfache Sammeln von Gedanken und Wahrnehmungen über die Europäische Union und ihre zukünftige Entwicklung hinausging. Es ging darum, einen Prozess zu entwerfen, der die Stimmen der Bürger:innen ermächtigt und ihre Eigenverantwortung für aktuelle und neue europäische Narrative stärkt.

Die Methodik, die während der gesamten Laufzeit von FACTS weiterentwickelt und angewandt wurde, begann mit der bescheidenen Erkenntnis, dass das Projekt nicht darauf abzielen konnte, die gesamte Bandbreite der Meinungen von Bürger:innen über die Europäische Union zu erfassen. Abgesehen davon, dass dies eine praktisch unmögliche Aufgabe ist, würde das Zusammentragen der Fülle von Narrativen und Erzählungen über das europäische Projekt weder länderübergreifende Synergien (oder Bruchlinien) aufzeigen noch die gemeinsame Verantwortung der Bürger:innen für neue, tragfähige Narrative für den Kontinent stärken. Eine umfassende Erhebung wäre für einen solchen Zweck besser geeignet. Stattdessen hatte dieses Projekt das Ziel, sinnvolle und tiefgreifende Gespräche zwischen den Bürger:innen auf verschiedenen Ebenen zu schaffen – zunächst innerhalb ihrer eigenen Länder und später auf internationaler Ebene. Die gewonnenen Informationen sind das Ergebnis eines sorgfältig abgestimmten Prozesses, der die zentrale Rolle der Bürger:innen bei der

Darstellung ihrer eigenen Geschichten über Europa hervorhebt.

Angesichts der Notwendigkeit, das Wissen und die Wahrnehmung der Bürger:innen über die Europäische Union herauszuarbeiten, wurde die Methodik dieses Projekts so konzipiert, dass möglichst viele Bürger:innen in einen moderierten Dialog einbezogen werden. Die Fragen und das Verfahren, das sowohl in den nationalen Fokusgruppen als auch in der Abschlusskonferenz zwischen Bürger:innen und Parlamentarier:innen angewandt wurde, wurden studiert und so konzipiert, dass sie die Entstehung eines Dialogs sowie die Gewinnung von Informationen unter den Teilnehmenden anstelle eines einfachen Meinungsaustauschs förderten.

Mit der verwendeten Methodik wurde das Ziel, die Narrative über die Europäische Union unter mobilisierten und nicht-mobilisierten Bürger:innen zu erforschen, erfolgreich erreicht, indem ein Raum geschaffen wurde, in dem sie ihre Ansichten äußern, neue Narrative explorieren und ihre Bedenken über die EU direkt mit den politischen Entscheidungsträger:innen teilen konnten.

„Es ist hilfreich, sich auszutauschen, einander zuzuhören und über die Vorstellungen nachzudenken, die wir voneinander haben; über die Stereotypen, die mit unserer Denkweise verbunden sind... Es ist eine Lernerfahrung für mich, mit jemandem aus Deutschland in Kontakt zu sein und offen über diese Themen zu

sprechen und zu erfahren, dass die Stereotypen nicht der Wahrheit entsprechen."

Verschiedene Formen des Austauschs führen zu neuen Erkenntnissen

Das FACTS-Projekt besteht aus zwei verschiedenen, aber miteinander verbundenen Teilen. Zusammen bilden sie den methodischen Rahmen, der die Grundlage des Projekts bildet. Diese beiden Säulen sind 1. die Fokusgruppen, die auf nationaler Ebene von CIDOB (Spanien), IAI (Italien), ELIAMEP (Griechenland), WiseEuropa (Polen) und Das Progressive Zentrum (Deutschland) abgehalten wurden, und 2. der politische Dialog, der in Barcelona vom Open European Dialogue Team, das zum German Marshall Fund of the United States Büro in Brüssel gehört, konzipiert und veranstaltet wird.

Diese unterschiedlichen Formen des Austauschs waren das einzigartige Merkmal des Projekts. Der Austausch zwischen den Fokusgruppen von rund 60 Bürger:innen pro Land lieferte wichtige Erkenntnisse über die öffentliche Wahrnehmung der EU – je nach Hintergrund, politischem Engagement und Alter. Die Abschlusskonferenz war eine breitere Austauschplattform, auf der eine Gruppe diverser Bürger:innen und Parlamentarier:innen zum ersten Mal in einen länder- und parteiübergreifenden Dialog über die gegenwärtigen und

zukünftigen Narrative rund um das europäische Projekt eintrat.

„Für die jüngeren Generationen wird die EU nicht einmal in Frage gestellt – sie ist einfach da.“

Diese verschiedenen Arten des Austauschs schufen den Rahmen, um zu untersuchen, wie die von uns geteilte Architektur der Europäischen Institutionen in den verschiedenen Ecken Europas unterschiedlich gesehen wird. Vor allem aber konnten durch den Austausch auf verschiedenen Ebenen neue Verbindungen und Informationen zutage treten, die sonst nicht sichtbar gewesen wären.

Vor dem zeitlichen Hintergrund wurden die Inhalte der Fokusgruppen und des politischen Dialogs durch Ereignisse wie COVID-19 und den Beginn des Krieges in der Ukraine erheblich beeinflusst. Mit Hilfe des Prozessdesigns wurden diese wichtigen Themen jedoch herausgegriffen und in speziellen Dialogsitzungen bearbeitet.

„Es war ein Traum – es ist ein Traum' – der auf einer Erfahrung beruht, der des Zweiten Weltkriegs, auf welche wir versucht haben, eine pragmatische Antwort auf das Problem zu finden: durch die Integration unserer Wirtschaftsgemeinschaften. Wir müssen den Geist des Traums bewahren... die Politik kommt später.“

Nationale Fokus-Gruppen: Eure Stimme zählt!

Die Fokusgruppen, die 2021 in Spanien, Italien, Griechenland, Polen und Deutschland stattfanden, bildeten den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Untersuchungen und Diskussionen. Sie ergaben einen länderübergreifend vergleichbaren Informationsbestand und bildeten einen wichtigen Auftakt für den Dialog zwischen Bürger:innen und politischen Entscheidungsträger:innen in Barcelona im Folgejahr.

Wie bereits ausgeführt, zielt das FACTS-Projekt darauf ab, die bestehenden Gerüchte, falschen Narrative oder Fake News, die über die Europäische Union kursieren, zu identifizieren und festzustellen, ob diese Gerüchte die Idee des Erwerbs einer Unionsbürgerschaft direkt beeinträchtigen. Es stellt auch die Beständigkeit des traditionellen Narrativs von Frieden und Wohlstand in Frage, das immer noch als die wichtigste Errungenschaft der EU beschworen wird. Mit diesen Zielen vor Augen sollte in den Fokusgruppen untersucht werden, wie gut das traditionelle Narrativ dem Test der Zeit standhält und ob a) es immer noch ein starker Mobilisierungsfaktor ist und b) mobilisierte und nicht-mobilisierte Bürger:innen an unterschiedliche Narrative denken. Die Fokusgruppen auf nationaler Ebene waren daher die am besten geeignete Forschungsmethode, um diese Ziele in der ersten Phase des Projekts zu erreichen.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden Fokusgruppen auf unterschiedliche Weise definiert. Die von Powell und Single (1996: 49) gegebene Definition gilt für die in dieser Projektphase durchgeführten Gespräche: „Eine Fokusgruppe ist eine Gruppe von Personen, die von Forschern ausgewählt und zusammengestellt wird, um das Thema, das Gegenstand der Forschung ist, aus der persönlichen Erfahrung heraus zu diskutieren und zu kommentieren.“

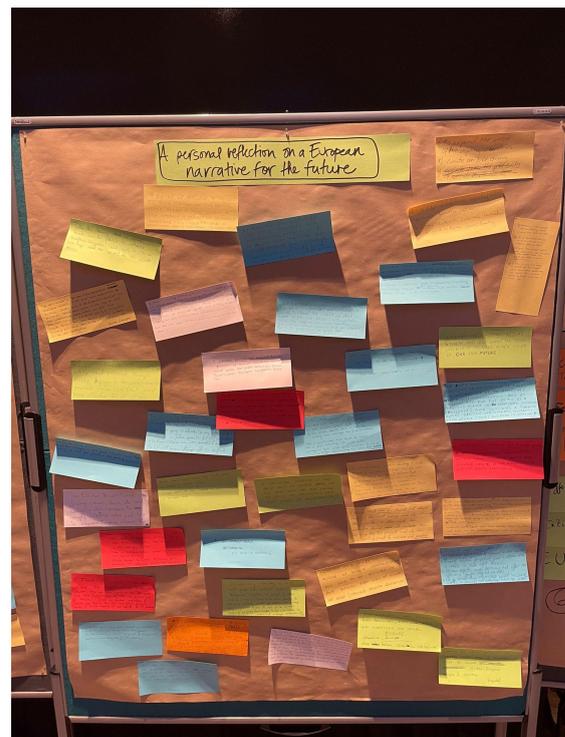
Dieser qualitative Ansatz wurde gewählt, weil er die Informationsgewinnung aus der Interaktion zwischen den Teilnehmenden ermöglicht – was ihn von anderen Formen der Befragung unterscheidet (Gibbs 1997: 2). In der Tat konnten Schlüsselinformationen wie beispielsweise der Grad (oder das Fehlen) des Konsenses über ein bestimmtes Narrativ von den Forschenden nur durch die Schaffung einer menschlichen Interaktion innerhalb der Fokusgruppen erfasst werden.

Insgesamt nahmen in den fünf Ländern rund 300 Bürger:innen an den Fokusgruppen teil. Da sie auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie stattfanden, wurden einige der Fokusgruppen in den meisten Ländern (Deutschland, Polen, Griechenland und Italien) aus Sicherheitsgründen online abgehalten. Die damalige epidemiologische Situation in Spanien erlaubte es, die Veranstaltungen physisch abzuhalten.

„Ich bin mir nicht sicher, ob ich (von Europa) enttäuscht bin, ich habe nie aus einer emotionalen Perspektive darüber nachgedacht. Ich neige dazu, es zu rationalisieren, aber ich denke: ja, es gibt ein emotionales Element, über das ich normalerweise nicht nachdenke... Irgendwann während der Krisenphase im Jahr 2015 hat sich für mich etwas geändert, als wir immer so negativ über katastrophale Szenarien gesprochen haben, wir haben damals davon gesprochen, Griechenland rauszuschmeißen.“

Ein entscheidendes Element bei der Zusammenstellung der Fokusgruppen war Diversität. Jeder der fünf Think-Tanks wählte eine Gruppe von etwa 60 Teilnehmenden aus, die auf zwei Fokusgruppen pro Land aufgeteilt wurden. Bei der Auswahl der Bürger:innen achteten die Organisator:innen vor allem auf drei Kriterien: Ausgewogenheit der Geschlechter (50 % Männer und 50 % Frauen), gleichmäßige Altersverteilung (1/3 unter 30, 1/3 zwischen 30 und 65 Jahren und 1/3 über 65) und Ausgewogenheit zwischen mobilisierten und nicht mobilisierten Bürger:innen. Die letzte Kategorie betrifft den Umfang der Anteilnahme an der Politik, was wesentlich ist, um zu verstehen, was Nicht-Expert:innen über die Europäische Union wissen. Als mobilisierte Bürger:innen gelten demnach diejenigen, die ein natürliches Interesse an regionaler, nationaler oder europäischer Politik zeigen und die mehr oder weniger über die Debatten in

der Welt informiert sind. Nicht-mobilisierte Bürger:innen hingegen sind diejenigen, die über ein allgemeines Wissen über Politik, politische Aktivitäten und politische Debatten verfügen, auch wenn dies nicht zu ihren täglichen Hauptanliegen gehört. Neben diesen drei Kategorien, die bei der Auswahl der Teilnehmenden verwendet wurden, wurde bei den digital abgehaltenen Fokusgruppen auch versucht, eine größere geografische Vielfalt in Bezug auf die Region und die Herkunftsstadt zu



erreichen, während bei den physischen Fokusgruppen die Teilnehmenden hauptsächlich aus benachbarten Regionen und Städten kamen (z. B. Barcelona und Tarragona sowie andere umliegende Städte im Fall des in Barcelona ansässigen CIDOB).

Nach der Auswahl von etwa 60 Bürger:innen pro Land veranstaltete jede Einrichtung innerhalb kurzer Zeit zwei Fokusgruppen mit jeweils etwa 30 Teilnehmenden. Während der beiden Sitzungen verwendeten alle Forscher:innen in den verschiedenen Ländern dieselbe Reihe von Fragen, um das Gespräch zu leiten. Die Fragen waren so formuliert, dass sie die Befragten ermutigten, ihre Überzeugungen, Einstellungen und Gefühle gegenüber der Europäischen Union und den traditionellen Narrativen, die sie umgeben, zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wurden die Informations- und Medienkonsumgewohnheiten der Befragten untersucht. Darüber hinaus gaben die Forscher:innen den Befragten Raum, um ihre eigene positive Darstellung der Europäischen Union zu formulieren. Während des gesamten Gesprächs wurden die Forscher:innen angewiesen, einige Schlüsselinformationen über die Befragten zu erfassen, z. B. Alter, Geschlecht und politischer Status (mobilisiert oder nicht mobilisiert).

Die gesammelten Informationen wurden von jeder Institution analysiert und in separaten, aber vergleichbaren Berichten veröffentlicht. Die Daten aus diesen Berichten wurden dann als Ausgangspunkt für den Dialog zwischen Abgeordneten und Bürger:innen verwendet, der etwa ein Jahr nach den Fokusgruppen stattfand.

„Ich war sehr enttäuscht von meiner eigenen Regierung, weil sie sich nicht

stärker an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligt hat ... wir hätten mehr tun müssen.“

Der politische Dialog: Bürger:innen und Parlamentarier:innen an einem Tisch

Der Dialog zwischen Parlamentarier:innen und Bürger:innen, der am 20. und 21. Mai 2022 in Barcelona stattfand, war die letzte Maßnahme im Rahmen des Projekts. Er diente dazu, die Narrative, Gefühle und Einstellungen aus der ersten Runde der Fokusgruppen in jedem Land miteinander zu verbinden und neue Erkenntnisse aus der Interaktion zwischen Bürger:innen verschiedener Nationalitäten zu gewinnen. Darüber hinaus sollte bewertet werden, wie die im Vorjahr gesammelten Erkenntnisse den Test der Zeit überstanden haben, nachdem eine schwere Sicherheitskrise in der Ukraine den europäischen Kontinent erschüttert hatte. Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieser Sitzung war die Teilnahme von Abgeordneten aus den Parlamenten, die als politische Resonanzkörper fungierten.

Der Open European Dialogue (OED) nutzte seine Erfahrung bei der Gestaltung von Veranstaltungen für Mitglieder seines Netzwerks aus über 150 Parlamentarier:innen, um einen inklusiven Dialog zwischen Bürger:innen und ausgewählten politischen Entscheidungsträger:innen zu

konzipieren. Die Gruppe der zur Veranstaltung in Barcelona eingeladenen Bürger:innen wurde aus den Teilnehmenden der vorangegangenen nationalen Fokusgruppen ausgewählt, wobei ein ausgewogenes Verhältnis in Bezug auf Nationalität, Geschlecht, Alter und politische Mobilisierung gewahrt wurde. Insgesamt wurde eine Kohorte von 30 Bürger:innen gebildet, darunter sechs aus Spanien, sieben aus Italiene, fünf aus Griechenland, fünf aus Polen und sieben aus Deutschland.

Für den politischen Resonanzraum lud der OED Parlamentarier:innen aus verschiedenen politischen Parteien und Fraktionen ein, um ein möglichst breites Spektrum an politischen Ideologien in Europa abzudecken. Er setzte sich aus sieben Abgeordneten zusammen, die die folgenden Parteien vertraten: Syriza (Griechenland), die Demokratische Partei (Italien), die Fünf-Sterne-Bewegung (Italien), die Bürgerplattform (Polen), die Baskische Nationalistische Partei (Spanien), die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (Spanien) und Gemeinsam für Katalonien (Spanien). Während der zwei Tage hatte dieses politische Sounding Board mehrmals die Gelegenheit, persönliche Überlegungen zu ihrer Arbeit und ihren Herausforderungen als politische Entscheidungsträger:innen, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene tätig sind, anzustellen, zu erläutern, warum sie sich für die Aufgabe der demokratischen Vertretung entschieden haben, und Feedback zu den laufenden Gesprächen

zu geben. In diesen Momenten der persönlichen Reflexion kamen die Politiker:innen auf die Bühne und führten ein persönliches Gespräch mit dem Moderator. Sie wurden auch gebeten, sich zu ihrer Beziehung zur europäischen politischen Agenda zu äußern und zu erläutern, wie sie ihre Rolle als Vermittler:innen zwischen Europa und seinen Bürger:innen wahrnehmen.

Der Dialog begann mit einer Runde, die dem Austausch persönlicher Geschichten gewidmet war: Die Teilnehmenden saßen in Dreiergruppen zusammen und wurden gebeten, in jeweils knapp zehn Minuten über ihren eigenen Hintergrund, ihre Prägungen, Wurzeln und Perspektiven auf Europa zu berichten. Dies bot Bürger:innen und Politiker:innen gleichermaßen die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, sich mit den Standpunkten von Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven vertraut zu machen und zu verstehen, warum verschiedene Menschen Europa und das Leben so unterschiedlich erleben.

Der zweite Tag begann mit der Präsentation der Ergebnisse aus den vorangegangenen landesspezifischen Fokusgruppen. Nach dem Austausch der Ergebnisse aus den Fokusgruppen der fünf Länder wurden einige Beobachtungen vorgestellt, um die Teilnehmenden zu weiteren Überlegungen anzuregen. Sie hatten nun die Möglichkeit, ihre Ansichten mit denen der Bürger:innen auszutauschen,

die an anderen Fokusgruppen teilgenommen hatten.

„Ich frage mich, ob das wirtschaftliche Narrativ an sich weniger mit der Identität verbunden ist, da in den Ländern, in denen das Narrativ von Frieden und Sicherheit vorherrscht – wie in Deutschland und Polen – ein stärkeres Gefühl für die europäische Identität zu bestehen scheint.“

Nach der Reflexion über die Ergebnisse der Fokusgruppen und der Präsentation der Highlights im Plenum wurden die Teilnehmenden auf länderspezifische Tische eingeteilt, wo sie in einem moderierten Gespräch darüber diskutierten, wie die Krise in der Ukraine ihre Ansichten über Europa verändert hat. Die länderspezifischen Rundtischgespräche wurden von einer Moderation geleitet, die dafür sorgte, dass unterschiedliche Stimmen gehört wurden, und den Bürger:innen und Abgeordneten die Möglichkeit bot, ihre Gedanken und Gefühle auf natürlichere Weise auszudrücken, da sie in ihrer eigenen Sprache sprechen konnten.

„Europa wird nach diesem Krieg stärker sein.“

Am Ende des zweiten Dialog-Tags wurden die Teilnehmenden neu auf gemischte Tische aufgeteilt und aufgefordert, darüber nachzudenken, ob sich in unserer vielfältigen Gruppe von Bürger:innen und Politiker:innen gemeinsame Narrative herauskristallisiert hatten. Die Aufgabe verlangte von den Gruppen, aktiv zuzuhören und empathisch zu sein, da

sie sich auf der Suche nach einer sinnvollen gemeinsamen Basis in kurzer Zeit gemeinsam durch eine Vielzahl von Perspektiven und stark ausgeprägten Überzeugungen durcharbeiteten.

Der Dialog wurde wesentlich dadurch bereichert, dass Bürger:innen und Politiker:innen die Möglichkeit gegeben wurde, miteinander in Kontakt zu treten und Ansichten und Meinungen auszutauschen. Dies geschah durch einen Prozess, der darauf ausgerichtet war, Bürger:innen und Politiker:innen als gleichberechtigte Teilnehmende zu betrachten und die Steifheit von vorformulierten Beiträge mit einer natürlicheren Interaktion zwischen Bürger:innen und ihren Repräsentanten zu ersetzen. Dies ermöglichte nicht nur die Annäherung an den Beruf des Politikers, sondern auch die Erkundung neuer Perspektiven. Bürger:innen und Politiker:innen hatten die Möglichkeit, mit Menschen aus ihrem eigenen Land sowie mit Menschen aus anderen Ländern in Kontakt zu treten, was ihnen die Gelegenheit bot, andere Sichtweisen kennenzulernen und Einblicke in die Lebenswelt der anderen jenseits der Politik zu gewinnen. Insgesamt schufen die Gestaltung der Gespräche und die sorgfältig konzipierten Diskussionsräume, die Leitfragen und die Mischung aus dem Austausch menschlicher Erfahrungen und Meinungen zu politischen Themen den Raum für neue Interaktionen und Gewinnung wichtiger Erkenntnisse, die in anderen Kontexten kaum denkbar gewesen wären. Sowohl Bürger:innen als auch Politiker:innen waren in der

Lage, sich zu öffnen und ihre Ansichten, Ängste und Frustrationen mitzuteilen. Man hörte sich zu und es gab die Möglichkeit, von Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Perspektiven zu lernen. Am Ende versuchten alle gemeinsam, eine ehrliche Bewertung des Zustands des europäischen Projekts vorzunehmen.

„Selbst wenn ich nicht mit Dir übereinstimme, haben wir doch eine Sache gefunden, in der wir uns einig sind: Europa ist nicht in Stein gemeißelt, es befindet sich nicht auf einem unvermeidlichen linearen Weg. Es ist eine

Initiative mit offenem Ausgang, die immer ein offenes Ohr haben und sich an die sich verändernde Realität und die Bedürfnisse ihrer Bürger:innen anpassen sollte.“

„Nach zwei Tagen des Gesprächs nehme ich viele Erkenntnisse von anderen Menschen aus anderen Ländern und mit anderen Berufen mit. Ich verstehe, dass einige Ideen in ganz Europa verbreitet sind, und ich nehme das Gefühl mit, dass unsere jüngsten Generationen am enthusiastischsten sind – ein Gespür dafür, dass sie darauf warten, dass Brüssel etwas tut.“

Literatur

Powell, R. A./H. M. Single (1996): Focus groups, in: *International Journal of Quality in Health Care*, Bd.8, Nr.5, S. 499–504, [online] <https://academic.oup.com/intqhc/article/8/5/499/1843013> [abgerufen am 28.08.2022].

Gibbs, A. (1997): Focus Groups, in: *Social Research Update*, Nr.19, [online] <http://sru.soc.surrey.ac.uk/SRU19.html> [abgerufen am 28.08.2022].

FACTS-Abschlusskonferenz:

Am Ende des Weges: Weitermachen

Sophie Borkel

Junior Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum

Héctor Sánchez Margalef

Researcher, Barcelona Centre for International Affairs

Am 20. und 21. Mai 2022 fand die Abschlusskonferenz des Projekts From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories (FACTS⁵) in Barcelona statt, an der Bürger:innen und gewählte Vertreter:innen aus verschiedenen Mitgliedstaaten teilnahmen. CIDOB (Spanien), IAI (Italien), Eliamep (Griechenland), WiseEuropa (Polen), Das Progressive Zentrum (Deutschland) und das Open European Dialogue-Team des German Marshall Fund of the United States (Brüsseler Büro) organisierten eine zweitägige Fokusgruppe, an der 30 Bürger:innen und sieben Abgeordnete

aus nationalen Parlamenten teilnahmen.

Ziel des FACTS-Projekts war es, die Narrative mobilisierter und nicht-mobilisierter Bürger:innen über die Europäische Union zu identifizieren und zu klären, ob diese Narrative die Entwicklung einer Unionsbürgerschaft oder das Gefühl der kollektiven Zugehörigkeit fördern oder hemmen. Nach der Durchführung der nationalen Fokusgruppen war die abschließende Konferenz, die sich über zwei Tage erstreckte und Narrative und Einstellungen gegenüber der Europäischen Union untersuchte, eine gemeinsame Maßnahme, an der Bürger:innen verschiedener Mitgliedstaaten, Altersgruppen und Geschlechter mit mobilisiertem oder nicht-mobilisiertem Status sowie Parlamentsmitglieder teilnahmen. Gemeinsam wurde über vergangene, aktuelle und zukünftige EU-Narrative reflektiert.

⁵ Dieses Projekt wird im Rahmen des Zuschussbeschlusses Nr. 615563 und der Abkürzung FACTS aus dem Programm „Europa für Bürger:innen“ der Europäischen Union finanziert. Da diese Veröffentlichung ausschließlich die Meinung der Autor:innen wiedergibt, sind die Europäische Union und ihre Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen verantwortlich.

Die Gruppe der Teilnehmenden setzte sich aus sechs spanischen, sieben italienischen, fünf griechischen, fünf polnischen und sieben deutschen Staatsbürger:innen zusammen, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Geschlecht, Alter und mobilisierten bzw. nicht mobilisierten Bürger:innen gewahrt wurde. Darüber hinaus nahmen sieben Mitglieder der nationalen Parlamente teil, wobei ein ausgewogenes Verhältnis im Hinblick auf Herkunft, Geschlecht und politischer Ideologie bestand. Die Bürger:innen, die an der Abschlusskonferenz teilnahmen, hatten zuvor an einer der beiden in ihrem Land organisierten Fokusgruppen teilgenommen; sie kannten also das Projekt bereits und wussten, dass sich die anderen Teilnehmenden in der gleichen Situation befanden. Die Mitglieder des Parlaments waren zuvor über die früheren Aktivitäten des Projekts unterrichtet worden und kannten die Ziele des Projekts gut.

Die an FACTS beteiligten *Think Tanks* sind sich bewusst, dass die Gespräche, die während der Konferenz stattfanden, keineswegs ein genaues Abbild dessen sind, was die europäische Gesellschaft über die EU und ihre Narrative denkt. Vielmehr ging es darum, ein Bild von den Gesprächen zu zeichnen, die sich ergeben können, wenn Europäer:innen mit unterschiedlichem Hintergrund, Alter, Geschlecht und Nationalität mit gewählten Vertreter:innen zusammenkommen, und das zu einer Zeit, in der die gesundheitlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zwar überwunden sind, die wirtschaftlichen

Auswirkungen aber noch andauern. Gleichzeitig sieht sich Europa aufgrund der russischen Aggression gegen die Ukraine mit einer weiteren Krise konfrontiert.

Was motiviert zur Teilnahme?

Da die Abschlusskonferenz über einen längeren Zeitraum stattfinden sollte als die nationalen Fokusgruppen, war die Dynamik, durch die die Debatte angeregt wurde, eine andere (siehe Kapitel 3). Die erste Sitzung diente dem gegenseitigen Kennenlernen der Teilnehmenden, aber auch dazu, dass die Politiker:innen als solche wahrgenommen wurden. Das Eis zwischen den Teilnehmenden aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem Hintergrund zu brechen, war der Schlüssel zu einer aussagekräftigeren Debatte und tieferen Gesprächen. Diese erste Sitzung war auch hilfreich für die Teilnehmenden, um sich in der einzigen gemeinsamen Sprache – Englisch – besser verständigen zu können.

Es scheint klar, dass das Bedürfnis, die Beweggründe der europäischen Mitbürger:innen zu verstehen, einer der Hauptgründe für die Teilnahme an der FACTS-Abschlusskonferenz war. Die Frage, wie die Nationalität der Bürger:innen ihre Ansichten über die EU beeinflusst, war nicht der einzige Faktor, den die Teilnehmenden ansprachen. Auch die Arbeitserfahrung und das Arbeitsumfeld wurden als Umstände genannt, die beeinflussen können, wie die Bürger:innen über die EU denken. Tatsächlich vertraten einige der

Teilnehmenden die Ansicht, dass die Nationalität *an sich* keine großen Unterschiede mit sich bringe und dass der kulturelle Austausch die Bürger:innen auf positive Weise von ihren Wurzeln wegführen könne. Für eine andere Gruppe von Bürger:innen hingegen hängen unterschiedliche Ansichten und Argumente zu Europa sehr stark von der Nationalität ab. Es wurde jedoch betont, dass diese Unterschiede durch mehr Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg überwunden werden sollten.

Die Bürger:innen betonten, wie wichtig dieser Austausch ist, nicht nur um Menschen aus ganz Europa kennenzulernen, sondern auch um ihre Hintergründe und ihre gesellschaftlichen und politischen Beweggründe zu verstehen, Gefühle auszutauschen und sich zu vergewissern, dass sich manche Gemütszustände gar nicht so sehr voneinander unterscheiden. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass Mobilität und Freizügigkeit der kostbarste Schatz der EU sind und daher besser gefördert und geschützt werden sollten. Für einen Teilnehmer, einen sehr jungen Mann, war die Teilnahme an der FACTS-Abschlusskonferenz seine erste Erfahrung außerhalb seines Landes. Es liegt auf der Hand, dass nicht alle Bürger:innen gleichermaßen in den Genuss der Vorteile und Möglichkeiten der Mobilität kommen; dies kann bedeuten, dass Mobilität eher ein Privileg als ein Recht ist. Ein Teilnehmer merkte an, dass ein kultureller Austausch wie FACTS zwar großartig ist,

dass aber nach dessen Ende der Mangel an Möglichkeiten in der Heimat bleibt. Dies war auch ein Hinweis darauf, dass die Notwendigkeit, für bessere Arbeitsmöglichkeiten in andere Länder zu ziehen, die Mobilität weniger zu einem Privileg oder Recht als vielmehr zu einer Verpflichtung macht, die die Bürger:innen dazu bringt, ihre Heimat zu verlassen, selbst wenn es darum geht, innerhalb der EU zu leben. Das Narrativ, dass man sein Heimatland wegen mangelnder Chancen verlassen muss, kann auf lange Sicht nicht für die EU funktionieren.

In den Bürger:innendebatten wurde auch festgestellt, dass die regionale Dimension der EU ein Faktor bleibt (Nord-Süd und Ost-West). Folglich sollte die EU dies bei ihrem Handeln in verschiedenen Politikbereichen berücksichtigen. Die Teilnehmenden stellten fest, dass sich die Bürger:innen aus den südlichen Mitgliedstaaten einander näher fühlten als die aus Nordeuropa; dies war jedoch wahrscheinlich auf die stärkere Vertretung der Bürger:innen aus Südeuropa zurückzuführen.

Unabhängig davon, ob das Gespräch zwischen Bürger:innen der gleichen Nationalität stattfand oder nicht, war die Wahrnehmung der EU zweischneidig. Einerseits überwiegt das Idealbild dessen, was die EU in den Augen ihrer Bürger:innen sein sollte, was die positive Wahrnehmung des europäischen Projekts verstärkt. In diesem Bild wird die EU mit Frieden, Solidarität und einer Chance auf

Entwicklung (Wohlstand) assoziiert. Auch wenn Menschen aus verschiedenen Ländern oft unterschiedliche Ansichten über die EU haben, so teilen sie doch das gleiche Bedürfnis nach Sicherheit, Frieden und den Traum von einem geeinten Europa.

Andererseits wurde die EU aber auch als enttäuschend oder heuchlerisch wahrgenommen. Zum Beispiel, wenn es um die unterschiedliche Behandlung von Geflüchteten je nach ihrer Herkunft ging; ob die EU wirklich alle Mitgliedstaaten gleich und fair behandelt; oder ob die EU genug tut, um ihre Rechte und Werte zu Hause und in der Welt zu verteidigen.

Ein weiteres Thema, das in den Gesprächen zwischen Bürger:innen unterschiedlicher Herkunft und ihren gewählten Vertreter:innen immer wieder zur Sprache kam, war die Wahrnehmung der EU als weit entfernt. Die gewählten Vertreter:innen berichteten, dass die EU und die sie betreffenden Debatten bei ihren Wähler:innen nicht präsent seien. Die Abgeordneten meinten jedoch auch, dass die nationalen Regierungen sich nicht immer die Mühe machen, die Abgeordneten auf dem Laufenden zu halten. Sie argumentierten, dass sie als Abgeordnete nicht in die europäischen Debatten und Entscheidungsprozesse eingebunden seien und dass die Regierungen es aufgeben hätten, den Bürger:innen die Komplexität der europäischen Entscheidungsstrukturen zu erklären.

Die Ergebnisse der Fokusgruppen

Die erste Übung des zweiten Tages bestand darin, gemeinsam darüber nachzudenken, was die nationalen Fokusgruppen angesprochen hatten (die vergleichenden Ergebnisse sind in Kapitel 2 zu finden). Es wurden einige Denkanstöße gegeben, und die Bürger:innen gebeten, über die folgenden Fragen nachzudenken:

1. Ist die EU ambivalent?
2. Gibt es eine Entfremdung zwischen den Bürger:innen und Europa?
3. Wirtschaftlicher Lebensunterhalt
4. Ungleiche Chancen in Europa
5. Frieden vs. Wirtschaft, wenn es um die europäische Identität geht?

Anschließend stellten Bürger:innen verschiedener Nationalitäten, Geschlechter, Altersgruppen und Hintergründe gemeinsame Überlegungen an. Unabhängig von ihren individuellen Merkmalen wurde deutlich, dass es nicht möglich ist, einen Mitgliedstaat als pro- oder antieuropäisch zu bezeichnen, obwohl es durchaus Tendenzen gibt. Auch die Vorstellung davon, was das EU-Projekt beinhaltet, variiert von Land zu Land: Es kann ein Friedensprojekt oder ein Wirtschaftsprojekt sein. Die Vorstellung, die die Südeuropäer:innen früher von der Europäischen Union als Mittel zur Unterstützung ihrer Demokratien

hatten, verblasst in dem Maße, wie die jüngeren Generationen ihre eigenen Erzählungen entwickeln. Für diese Generationen ist die EU eine selbstverständliche Realität. Einige wiesen auf die Notwendigkeit hin, europaskeptische Stimmen in die Diskussionen über die Zukunft Europas einzubeziehen und den Geschehnissen in den einzelnen Ländern mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Ein weiteres Thema, das angesichts der Kombination von Bürger:innen und Abgeordneten auf der Konferenz immer wieder auftauchte, war das Vorhandensein oder Fehlen von Chancen in der Europäischen Union. An diesem Punkt war es leicht, die weiterhin bestehenden Spaltungen zwischen den Ländern – insbesondere die Nord-Süd- und die Ost-West-Spaltung – sowie die neu entstehenden (wie die Land-Stadt-Spaltung) zu erkennen. Die materiellen Nöte, die Südeuropa während der Wirtschaftskrise ab 2008 erlebte, beeinflussen die Wahrnehmung der EU immer noch so sehr, dass sich die Südeuropäer:innen im Gegensatz zu den Deutschen und Polen mehr auf den (fehlenden) Wohlstand als auf den Frieden konzentrieren. Da der Frieden eine Konstante innerhalb der EU war, begünstigt die Verknüpfung des europäischen Projekts mit dem Frieden seine Wahrnehmung als Erfolgsgeschichte viel mehr als wenn es mit Wohlstand identifiziert wird. Dies war das Bild, das sich im Raum abzeichnete. Dennoch erschien die EU immer als das kleinere Übel, wie es eine

Gruppe von Bürger:innen ausdrückte: „Wir können uns nicht vorstellen, wie die Dinge ohne die EU aussehen würden“.

Wie wird die russische Aggression gegen die Ukraine Europa verändern?

In Anbetracht der schwierigen Zeiten, die die EU gerade durchlebt, wurde eine Sitzung speziell für die Diskussion über die Lage in der Ukraine konzipiert. Verständlicherweise war der Konflikt jedoch während der gesamten Abschlusskonferenz präsent. Wie auch in den nationalen Fokusgruppen waren die Visionen und Forderungen der Bürger:innen an die EU sehr stark von Kontext und Herkunft geprägt. Die nationalen Fokusgruppen wurden im Sommer 2021 abgehalten, und zu diesem Zeitpunkt standen die COVID-19-Pandemie, Impfstoffe und die Notwendigkeit von Solidarität im Mittelpunkt. Im Mai 2022 lag der Schwerpunkt auf der Frage, wie der Krieg gegen die Ukraine die EU verändern würde.

Auch bei diesem Thema gab es eine klare geografische/nationale Spaltung, als es um die Reaktion der EU auf die russische Invasion der Ukraine ging. Es war keine Überraschung, dass die polnischen Bürger:innen – angetrieben von Geschichte und Geografie – die EU aufforderten, mehr zu tun. Das Gleiche galt für den polnischen Abgeordneten, der an der Diskussion teilnahm und die Europäische Union und ihre

Mitgliedstaaten sehr lautstark aufforderte, mehr für die Ukraine zu tun.

Jedes Land hatte jedoch aufgrund seiner eigenen Vergangenheit und Erfahrungen einen eigenen Ansatz. In den südeuropäischen Mitgliedstaaten – aber auch in Deutschland – gibt es beispielsweise auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft und in unterschiedlichem Ausmaß immer noch ein gewisses Gefühl des Antiamerikanismus. Obwohl die Vereinigten Staaten nicht direkt in diesen Krieg verwickelt sind, wurde jede Bewegung der NATO oder der westlichen Verbündeten mit Misstrauen betrachtet, wie die Beiträge einiger der Teilnehmenden zeigten. In Griechenland gab es dafür zwei Gründe. Einerseits haben die Griechen immer noch mit materiellen Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Engpässen zu kämpfen, und der von Russland begonnene Krieg wird ihre Gesellschaft zusätzlich belasten. Andererseits hat man das Gefühl, dass bei der Solidarität mit den ukrainischen Geflüchteten mit zweierlei Maß gemessen wird, verglichen mit dem, was im Sommer 2015 geschah. Auch die Solidarität mit den EU-Ländern, die diese Geflüchteten aufnehmen, wurde als deutlich anders empfunden.

Die Deutschen Teilnehmenden wissen, dass dies ein entscheidender Moment für ihr Land und die EU ist, denn die Debatte hat sich völlig auf Werte verlagert und stellt die Nützlichkeit der in der Ära Merkel verfolgten außenpolitischen Strategie „Wandel

durch Handel“ in Frage. Die anwesenden deutschen Bürger:innen waren sich bewusst, dass Deutschland vor einer Zeitenwende steht.

Die spanischen Bürger:innen lagen irgendwo in der Mitte. Einerseits fühlten sie sich stärker in die EU eingebunden, fühlten sich unter dem Dach der EU besser geschützt und schätzten es, dass die Idee der Solidarität, der Einheit und einer möglichen europäischen Identität durch den Krieg und die Reaktion der EU darauf gestärkt wurde. Eine:r der Teilnehmenden erklärte, der Einmarsch in die Ukraine sei in Wirklichkeit ein Angriff auf die europäischen Werte. Andererseits wurde auch die Doppelmoral in der Haltung gegenüber Geflüchteten angesprochen.

Die italienischen Bürger:innen erklärten, die Situation in der Ukraine sei eine Gelegenheit, die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu stärken, aber auch eine Möglichkeit für die EU als Ganzes, ein Friedensprojekt in einer von Krieg geprägten Zeit umzugestalten.

Bürger:innen wollen mitreden

Unabhängig von der Herkunft und dem Hintergrund der Bürger:innen und unabhängig davon, ob sie mobilisiert oder nicht mobilisiert sind, waren sie sich alle in einem Punkt einig: Wir müssen mitreden können. Das Gefühl, von dem, was auf europäischer Ebene geschieht, abgekoppelt zu sein, war allgegenwärtig. Die Teilnehmenden fühlten sich nicht über die Funktionsweise, die Struktur und die

Entscheidungsfindung der EU informiert. Sie fühlten sich vom fernen Brüssel weder gehört noch anerkannt.

In diesem Zusammenhang könnte es ein alarmierendes Signal sein, dass fast keine:r der Teilnehmenden von der Konferenz zur Zukunft Europas gehört



Die Teilnehmenden wünschten sich mehr Dialog zwischen Bürger:innen und politischen Entscheidungsträger:innen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Sie wünschten sich, besser informiert zu werden und ihre Anregungen und Ideen bei der Politikgestaltung zu berücksichtigen.

Wie ein:e Bürger:in es ausdrückte: „Europa sollte die Bürger:innen stärker in den Prozess der Schaffung eines gemeinsamen Narrativs einbeziehen. Die Bürger:innen sollten stärker in die Politikgestaltung auf europäischer Ebene einbezogen werden“.

hatte, und schon gar nicht von den Ergebnissen und Vorschlägen.

Auf dem Weg zu einem Narrativ der Zukunft?

Uneingelöste Versprechen sind nach wie vor die Geschichte, die über Europa erzählt wird. So wird die EU in einigen Bereichen als gut funktionierend wahrgenommen, aber die Teilnehmenden bezweifeln, dass sie die erhoffte Chancengleichheit für alle gebracht hat.

Der Krieg in der Ukraine rückt die Werte wieder in den Mittelpunkt. Politische

Vertreter:innen sprechen davon, dass die russische Aggression auch ein Angriff auf die europäischen Werte ist, und einige Bürger:innen griffen diesen Gedanken ebenfalls auf. Viele Teilnehmende der Abschlusskonferenz und auch einige Teilnehmende der nationalen Fokusgruppen konnten jedoch nicht umhin, sich zu fragen, inwieweit die EU diese Werte verteidigen wird. Es wurde angemerkt, dass dies in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen sei. Die Bürger:innen fragen sich, ob Werte, die weder immer verteidigt noch immer geteilt werden, zu neuen und besseren Narrativen führen können. In ähnlicher Weise können keine gemeinsamen Narrative entwickelt werden, wenn der Eindruck bestehen bleibt, dass mächtige Staaten führen und der Rest folgt.

Der Gedanke, der sich durch die abschließende Sitzung der Konferenz über zukünftige Narrative zog, war, dass Europa ein Raum der ständigen Debatte ist. Während das Narrativ von Frieden und Wohlstand weiterhin präsent ist, gibt es auch andere Visionen für eine Europäische Union, die stärker ist als ihre derzeitigen Möglichkeiten. Die EU handelt langsamer, als die Menschen hoffen. Die Bürger:innen sind der Meinung, dass jedes Land für sich handelt, obwohl es gemeinsam handeln sollte.

Insbesondere betonten sie die Notwendigkeit, (pro-)aktiv zu sein, anstatt auf Ereignisse zu reagieren. Letzteres mache es auch schwieriger, ein starkes Narrativ wie das über Frieden und Wohlstand zu finden.

Ein:e Teilnehmer:in fasste dies wie folgt zusammen: „Es gibt viele Narrative über die Zukunft Europas. Die Konfrontation [zwischen den Narrativen] wird zu einem Gleichgewicht führen, das definiert, welche Art von Europa wir wollen (insbesondere [für] die jüngeren Generationen)“.

Ein Gedanke, der aus dem Gespräch hervorging, war, dass ein pragmatischer Ansatz gewählt werden sollte, der die gegenwärtige Dynamik nutzt. Dies spiegelt die Worte Robert Schumans wider – dass Europa weder auf einmal noch nach einem einzigen Plan geschaffen wird. Es wird durch konkrete Errungenschaften aufgebaut werden, die zunächst eine *de facto* Solidarität schaffen.

Es gibt noch viel zu tun, und das Projekt ist noch lange nicht abgeschlossen. Es hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass wir angesichts einer Krise zusammenarbeiten und Ergebnisse erzielen können.

FACTS – From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories:

Ein Projekt, das seinem Namen gerecht wird

Krzysztof Głowacki

Analyst, WiseEuropa

FACTS – *From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories* – war eine Untersuchung der Narrative, die die Europäische Union in den Augen ihrer Bürger:innen prägen; der Frage, wie Informationen und Fehlinformationen solchen Erzählungen zugrunde liegen können; sowie der Frage, wie Bürger:innenbeteiligung Fehlinformationen im Rahmen eines integrativen Modells demokratischer Beratung entgegenwirken kann. Fünf Mitgliedsstaaten wurden für die Untersuchung ausgewählt: Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Spanien.

An dem Projekt haben sechs europäische Denkfabriken mitgewirkt, die für ihre Expertise auf dem Gebiet der EU-Forschung und ihre solide Erfolgsbilanz bei der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bekannt sind. Diese Organisationen verbinden die analytische Aufgabe, den politischen Entscheidungsträger:innen *state-of-the-art* wissenschaftliche

Erkenntnisse zu liefern, mit der sozialen Verantwortung, ihre Ergebnisse zu diskutieren und eine faktenbasierte öffentliche Debatte zu fördern. Als solche sind sie gut positioniert, um politische Entscheidungsträger:innen mit Vertreter:innen der breiteren Gesellschaft im Zusammenhang mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zusammenzubringen. Diese Partnerinstitutionen sind, in alphabetischer Reihenfolge, folgende:

- [CIDOB](#) – mit Sitz in Barcelona, die auf internationale Angelegenheiten und bürgerschaftliches Engagement spezialisiert ist, war für die Gesamtleitung des Projekts sowie für die nationale Komponente des Projekts in Spanien zuständig;
- [Das Progressive Zentrum](#) – mit Sitz in Berlin, das sich mit der Erforschung und Erarbeitung von Lösungen für eine nachhaltige

Gesellschaft befasst, koordinierte die nationale Komponente des Projekts in Deutschland;

- [ELIAMEP](#) – mit Sitz in Athen, das in den Bereichen EU-Forschung, internationale Angelegenheiten und Governance tätig ist, führte die griechische Komponente des Projekts durch;
- [Istituto Affari Internazionali](#) – mit Sitz in Rom, das sich dem Studium der internationalen Angelegenheiten und der Förderung der europäischen Integration widmet, war für die italienische Komponente des Projekts verantwortlich;
- [The Transatlantic Foundation](#) – mit Sitz in Brüssel, ist die europäische Zweigstelle des German Marshall Fund of the United States (GMF). Über den Open European Dialogue (OED) war sie für die Vorbereitung der Abschlusskonferenz des Projekts verantwortlich, einschließlich der Einbeziehung von Abgeordneten;
- [WiseEuropa](#) – mit Sitz in Warschau, die ihr Fachwissen in wirtschaftlichen und europäischen Angelegenheiten mit dem Engagement für dringende gesellschaftliche Themen wie die grüne Transformation verbindet, leitete die polnische Komponente des Projekts.

Das Design des Projekts, dessen Kernstück zwei hochgradig interaktive Methoden sind, wurde auf die Ziele des Projekts abgestimmt. Erstens wurden Fokusgruppen mit Bürger:innen auf nationaler Ebene abgehalten, wobei in jedem der fünf Mitgliedstaaten zwei Sitzungen mit jeweils etwa 30 Teilnehmenden stattfanden. Die Fokusgruppen zeigten eine Reihe von Unterschieden zwischen den Narrativen über die EU in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Bürger:innen der südlichen Mitgliedstaaten waren gegenüber dem Wohlstandsversprechen der EU zurückhaltender als die Bürger:innen der nördlichen Länder. In einigen Ländern hatten die Bürger:innen auch das Gefühl, dass ihre Region nur eine Peripherie ist, die äußeren Kräften unterworfen ist, anstatt ein eigenständiger Mitgliedstaat zu sein. Andererseits assoziierten die Bürger:innen aller Länder die Europäische Union mit der Erreichung von Frieden, auch wenn diese Assoziation teilweise durch die Krisenanfälligkeit der EU getrübt wurde.

Die zweite und krönende Phase des Projekts, die Abschlusskonferenz in Barcelona, fand in Form einer Reihe von dynamischen Workshops statt. Die Veranstaltung brachte sieben Mitglieder des Parlaments und 30 Bürger:innen zusammen, die aus den Teilnehmenden der Fokusgruppen ausgewählt wurden. Proportionalität in Bezug auf die

Nationalität und andere demografische Merkmale wurde in beiden Gruppen berücksichtigt. In den Sitzungen ging es um dringende Fragen rund um das europäische Integrationsprojekt und die Herausforderungen, denen es in den letzten Jahren begegnet ist. Die Sitzungen, die von einem professionellen Moderator geleitet wurden, waren mit gemeinsamen Überlegungen der Vertreter:innen der Partnerinstitutionen und vor allem der Abgeordneten verbunden. Erstere präsentierten die Schlussfolgerungen aus den Fokusgruppen, während letztere über das Leben und die Arbeit einer/eines politischen Vertreterin/Vertreters und das Zusammenspiel von nationaler und europäischer Politik diskutierten.

Die Teilnehmenden der Abschlusskonferenz waren im Hinblick auf Hintergründe und Lebenswege gut durchmischt. Die Arbeitsgruppen bestanden aus verschiedenen Nationalitäten, Altersgruppen und Berufen, wobei die einzige Konstante die Anwesenheit einer Moderatorin/Moderators aus einer der Partneereinrichtungen in jeder Gruppe war. Außerdem wechselten die Gruppen etwa alle zwei Stunden, wodurch die Zusammenarbeit allmählich zur Gewohnheit wurde und es möglich war, die meisten Debattant:innen kennen zu lernen. Informelle Beobachtungen ergaben, dass selbst Personen, die solche intensiven Kontakte nicht

gewöhnt waren oder unsicher in Bezug auf ihre Sprachkenntnisse waren, sich relativ schnell in die Routine einfanden.

Bei der Erörterung der schwierigsten Momente der letzten Jahre – der Finanz- und Wirtschaftskrise, der „Migrationskrise“, der COVID-19-Pandemie und der russischen Aggression gegen die Ukraine – waren sich die Teilnehmenden einig, dass sich die Europäische Union durch Krisen weiterentwickelt, auch wenn sie einen eher proaktiven als einen reaktiven Ansatz forderten. Sie begrüßten die Wohlstands- und Friedensgewinne, mit denen die EU in der Regel in Verbindung gebracht wird, jedoch nicht, ohne auf einige Defizite hinzuweisen, darunter die fortbestehende Chancenungleichheit. Sie stellten auch fest, dass der russische Krieg in der Ukraine ihre Werte – Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit – einmal mehr zum Kernstück der Gemeinschaft gemacht hat.

Die Debatte war zwar respektvoll, aber alles andere als eine Höflichkeitsdebatte. Es wurden schwierige Themen angesprochen und Unterschiede – ob zwischen einzelnen Personen oder Nationalitäten – anerkannt und untersucht. So wurde beispielsweise die aktuelle Flüchtlingskrise in der Ukraine mit der „Migrationskrise“ von 2015 verglichen, die die südlichen EU-Länder besonders hart getroffen habe und auf die die

nördlichen Länder nicht angemessen reagiert haben sollen. Die Vertreter:innen der südlichen Länder äußerten sich auch lauter über die Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen länger und härter waren, als es die Bürger:innen im Norden vielleicht wahrgenommen haben.

Die Vielfalt der historischen Erfahrungen, die für unseren Kontinent charakteristisch ist, in Verbindung mit anderen entscheidenden Faktoren wie der Geografie, wird in Zukunft garantiert neue Interessen- und Meinungsunterschiede hervorbringen. Ebenso wird es eine Vielfalt von Präferenzen hinsichtlich der Stärke der europäischen Integration geben, ein Phänomen, das wir während der Abschlusskonferenz *in vivo* beobachten konnten. Anstatt jedoch auf Universalität und Einstimmigkeit zu pochen, sollten wir uns auf die Suche nach dem größten gemeinsamen Nenner begeben und nach Lösungen suchen, die ein kongeniales Nebeneinander unserer jeweiligen Differenzen gewährleisten. Schließlich sind es die Unterschiede, die uns als Individuen und Gesellschaften wertvoll machen, und viele von ihnen lassen sich innerhalb gerechter, allgemeiner Normen unterbringen. Wie der Gründervater der EU, Robert Schuman, einmal sagte – und unsere Teilnehmenden zitierten – hat es nie einen einzigen Plan für Europa gegeben.

Wir haben nicht nur viele Erkenntnisse darüber gesammelt, wie die EU in verschiedenen Mitgliedstaaten wahrgenommen wird, sondern konnten noch viel mehr herausfinden. Während der Abschlusskonferenz wurden wir Zeuge von Dynamiken, die nicht leicht zu konzeptualisieren sind und daher normalerweise in der akademischen Literatur fehlen, die aber nichtsdestotrotz wesentlich für das Verständnis und die Gestaltung einer deliberativen, inklusiven Demokratie sind. Wir haben die Begeisterung der Bürger:innen erlebt, sich mit ihren Vertreter:innen und Gleichgesinnten aus anderen Ländern auseinanderzusetzen. Wir sahen die Bereitschaft, Probleme zu diskutieren, die sich auf die lokalen Angelegenheiten ihrer Gemeinden, sozialen Gruppen und Berufe auswirken, aber darüber hinausgehen. Wir konnten auch die seltene Erfahrung machen, dass hochrangige politische Entscheidungsträger:innen mit den Bürger:innen außerhalb eines Wahlkampfkontextes in Kontakt treten und sich als sehr erfolgreiche Moderator:innen erweisen. Unsere Eindrücke bestätigten sich in den informellen Gesprächen, die wir mit den Teilnehmenden – Bürger:innen und Abgeordneten gleichermaßen – während und nach den offiziellen Veranstaltungen führten.

Natürlich lassen sich aus dem Projekt keine wissenschaftlich schlüssigen Erkenntnisse ableiten. Weder die

Bürger:innen noch die Abgeordneten, die teilgenommen haben, stellen eine zufällige, repräsentative Stichprobe dar. Bei Initiativen wie der unseren, die in hohem Maße auf freiwilliger Teilnahme beruhen, lässt sich eine Verzerrung durch Selbstselektion nur abmildern, aber nie ganz ausschließen. Stattdessen hatte unsere Studie einen explorativen Ansatz, indem sie die Wahrnehmungen, Konstrukte und Assoziationen, die Einzelpersonen in ganz Europa mit der Europäischen Union verbinden, die Rolle von Informationen und Fehlinformationen bei der Gestaltung solcher Perspektiven und etwaige Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten untersuchte.

Neben seiner Rolle bei der Erforschung der Wahrnehmung der Europäischen Union durch die Bürger:innen diente das Projekt auch als Laboratorium für deliberative Bürgerschaft. Die Projektaktivitäten waren darauf ausgerichtet, die Praxis anzuregen und nicht nur die Theorie zu formen. Durch die Organisation der Debatte auf zwei Ebenen – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene – wurde die tatsächliche Dynamik der europäischen Politik, wie sie sich entwickelt, nachgeahmt.

Die Ergebnisse des Experiments sind ermutigend. Ungeachtet der methodischen Vorbehalte hat es sich als möglich erwiesen, Personen aus einer Reihe von EU-Ländern mit

unterschiedlichem kulturellem Hintergrund und verschiedenen Lebensweisen zusammenzubringen und sie über Fragen von größter Bedeutung für das gesamte europäische Projekt diskutieren und zu Schlussfolgerungen gelangen zu lassen.

Eine zentrale Schlussfolgerung ist, dass noch viel zu tun ist. Obwohl deliberative Politik spätestens seit Habermas ein beliebtes theoretisches Thema ist, bedarf es weiterer akademischer Arbeit, um die Theorie mit der Praxis zu verknüpfen und die realen Bedingungen für eine effektive und gerechte Deliberation zu konkretisieren. Wie stellt man beispielsweise ein Gleichgewicht zwischen der Breite der Beteiligung und der Effizienz des Verfahrens her? Welche Arten von Institutionen können dazu beitragen, die Bürgerbeteiligung zu systematisieren, ohne gleichzeitig ihre spontane Anziehungskraft zu beeinträchtigen? Welche Art von Mandat könnte dem Gremium der beratenden Bürger:innen erteilt werden? Könnte ein solches deliberatives Modell auf der Ebene der Europäischen Union ausgearbeitet werden, könnte es durchaus zu ähnlichen Lösungen auf der nationalen, traditionell stärker gefestigten Ebene inspirieren.

Derzeit ist unser Projekt jedoch noch eher die Ausnahme als die Regel unter den EU-orientierten Initiativen, was seine interaktive, integrative und

kollaborative Gestaltung betrifft. Die Vorteile, die wir für unsere Teilnehmenden beobachten konnten, sind gleichzeitig ein Verlust für jene Akteur:innen, die bisher noch nicht von ähnlichen Initiativen profitieren konnten. Dies ist besonders dringlich, da die Bürger:innen, die an unseren Projekten teilgenommen haben, zugaben, dass sie sich von den alltäglichen Mechanismen und der Dynamik der EU abgekoppelt fühlten und diese weitgehend nicht kannten.

Andererseits stützen unsere Schlussfolgerungen diejenigen Programme, die bereits zur Verfügung standen, wie zum Beispiel die Konferenz zur Zukunft Europas. Leider kannten nur wenige der Teilnehmenden des FACTS-Projekts die Konferenz zur Zukunft Europas, und es ist zu erwarten, dass dieser Anteil bei denjenigen, die noch nie an einem EU-Projekt teilgenommen haben, noch geringer ist. Um diese und ähnliche Initiativen populärer und damit aussagekräftiger

zu machen, sollten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um sie bekannt zu machen.

Trotz der notwendigen Einschränkungen und Vorbehalte fühlen wir uns berechtigt zu behaupten, dass unser Projekt FACTS – *From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories* – seinem Namen gerecht geworden ist. Wir begannen damit, nach Narrativen zu suchen, die das Denken über die Europäische Union in den einzelnen Mitgliedstaaten (mit)bestimmen – Narrative, die mit dem besten verfügbaren Wissen übereinstimmen können oder auch nicht. Wir kommen zu der begründeten Überzeugung, dass dieses Wissen – die Fakten und die auf sie angewandten Überlegungen – auf der Ebene der Zivilgesellschaft tatsächlich genutzt werden kann. Darüber hinaus glauben wir, dass diese Ebene eine größere Rolle im europäischen Projekt spielen kann, als manchmal angenommen wird.

Über die Autor:innen

George Andreou

George Andreou ist Assistenzprofessor an der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Aristoteles-Universität Thessaloniki für das Fachgebiet „Politik der Europäischen Union“. Er hat auch an der Universität Athen, der Universität Kreta, der Universität des Peloponnes und der Nationalen Schule für öffentliche Verwaltung in Griechenland gelehrt. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die *Public Policy Analysis*, die Politik der Europäischen Union und Kohäsionspolitik (Regional-/Strukturpolitik) im Besonderen, die Europäisierung der *Public Policy* in der EU und die Beziehungen zwischen Griechenland und der EU. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *New institutionalism in political science* (Kritiki, Athen 2018), *The New Cohesion Policy of the EU and Greece* mit P. Liargovas (Papazisis, Athen 2007) und verschiedene Artikel in griechischen und internationalen akademischen Zeitschriften; er hat auch zu mehreren Sammelbänden (auf Griechisch und Englisch) beigetragen. Er war Herausgeber der Sonderausgabe der *Greek Political Science Review*, *Institutions, Public policies and Reforms in Greece* (Bd. 40, Juli 2013) und Mitherausgeber des Buches *Cohesion Policy and Multi-level Governance in South East Europe* (Routledge, Oxon 2011).

Sophie Borkel

Sophie Borkel ist Junior Projektmanagerin für europäische Projekte im Progressiven Zentrum. Zuvor hat sie als Referentin im Landtag Brandenburg den Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik betreut. Sie hat einen Bachelor in Politik & Recht an der WWU Münster erworben und anschließend das erste juristische Staatsexamen mit einem Schwerpunkt im Völker- und Europarecht abgelegt. Während ihres Referendariats hat sie sich insbesondere auf internationales Recht und Menschenrechte fokussiert und unter anderem Stationen in den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa absolviert, bevor sie das zweite juristische Staatsexamen abgelegt hat.

Federico Castiglioni

Federico Castiglioni (PhD) arbeitet als Forscher im Programm *EU, Politik und Institutionen* am Istituto Affari Internazionali (IAI). Zuvor arbeitete er im EU-Parlament und für ein italienisches Beratungsunternehmen im Bereich Verteidigung. In diesen beiden Funktionen verfolgte er Fragen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der Entwicklung des Europäischen Verteidigungsfonds. Neben seiner Arbeit am IAI unterrichtet er europäische Institutionen und Governance an den Universitäten „L'Orientale“ in Neapel und „Link Campus“ in Rom. Er war Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des italienischen Jugendrates.

Carme Colomina Saló

Carme Colomina ist *Research Fellow* für die Europäische Union, Desinformation und globale Politik am CIDOB (Barcelona Centre for International Affairs), Redakteurin und Mitglied des

Redaktionsausschusses. Außerdem ist sie Gastprofessorin am Europakolleg in Brügge, Belgien, wo sie einen Kurs über Kommunikationsmanagement in der Europäischen Union unterrichtet, sowie an der Universität Pompeu Fabra. Nach ihrem Abschluss in Informationswissenschaften an der Universität Autònoma de Barcelona und einem Aufbaustudium in EU-Studien an der UOC war sie Brüssel-Korrespondentin und Leiterin der Abteilung für internationale Angelegenheiten bei Catalunya Ràdio und der Zeitung ARA. Als Sonderbotschafterin berichtete sie über Dutzende von internationalen Gipfeltreffen und politischen Konflikten und ist nach wie vor als Analystin für aktuelle europäische Themen für verschiedene Medienorganisationen tätig. Bevor sie zum CIDOB kam, arbeitete sie als Beraterin an verschiedenen Kommunikationsprojekten im europäischen und euro-mediterranen Raum und war Leiterin der interregionalen Zusammenarbeit in der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten der katalanischen Regierung.

Krzysztof Głowacki

Bevor er zu WiseEuropa kam, hat Krzysztof bei CASE (Zentrum für Sozial- und Wirtschaftsforschung) analytische Arbeit geleistet. Er hat auch Erfahrungen in der Privatwirtschaft (als Finanzanalyst in einem großen Unternehmen und als Projektleiter in einem kleinen Unternehmen) und im öffentlichen Sektor (Praktika im Rathaus von Krakau und in der polnischen Botschaft in Den Haag) gesammelt. Krzysztof studierte Geisteswissenschaften und Wirtschaft an der Universität Tilburg, der Universität Antwerpen und der Bocconi-Universität und ist derzeit Doktorand an der Doktorandenschule für Geisteswissenschaften der Universität Warschau.

Héctor Sánchez Margalef

Héctor Sánchez Margalef ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am CIDOB (Barcelona Centre for International Affairs). Er hat einen BA in Politikwissenschaft und einen MA in Internationalen Beziehungen, Sicherheit und Entwicklung von der Autonomen Universität Barcelona im Jahr 2012 erworben und ist Doktorand an der Universität Barcelona. Bevor er zu CIDOB kam, arbeitete er als Praktikant am Research Institute for Managing Sustainability (Wien) und am European Institute of the Mediterranean (Barcelona). Im Jahr 2013 kam er zu CIDOB als Forschungsassistent für den Großraum Mittelmeer. Später trat er dem CIDOB-Expert:innenteam als Forscher für Europäische Politik und Integrationsdynamik, neue politische Bewegungen sowie Demokratie und Partizipation bei. Er hat an privaten und öffentlich finanzierten Projekten wie Mercator European Dialogue und Open European Dialogue, FACTS, EU Idea und The Raval Project mitgearbeitet. Er spricht Katalanisch, Spanisch, Englisch und Französisch.

Adriano Rodari

Adriano Rodari ist *Fellow* bei APROPOS und arbeitet für den Open European Dialogue (OED) an der Prozessgestaltung in der Politik. Bevor er zum OED kam, hatte er weitere Positionen beim German Marshall Fund of the United States, dem italienischen Außenministerium und Foresight Intelligence inne. Er erwarb einen Master-Abschluss in interdisziplinärer Forschung und Studien über Osteuropa an der Universität Bologna und schreibt für den wöchentlichen Newsletter Lossi 36, der über die politische Lage in Osteuropa berichtet.

Anhänge

32
OCTOBER
2021

FROM STORYTELLING TO ACTION: Visions and Proposals from European Citizens

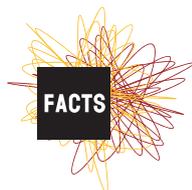
Carme Colomina, Research Fellow, CIDOB

Héctor Sánchez Margalef, Researcher, CIDOB

Within the framework of the FACTS project¹ (From Alternative Narratives to Citizens' True EU Stories), CIDOB hosted two focus groups, with a total of nearly 60 participants,² to learn more about citizens' perceptions of the European Union, and to identify the narratives, rumours, and disinformation circulating about the European project. The aim is to document how these perceptions and mediated visions can affect construction of the idea of a European citizenship. The project also aims to examine the solidity of the traditional narrative that evokes peace and prosperity as the EU's main achievement.

¹ This project has received funding from the European Union's Europe for Citizens programme under grant decision No. 615563 and the acronym FACTS. Since this publication reflects only the authors' views, the European Union and its Education, Audiovisual and Culture Executive Agency are not responsible for any use that may be made of the information it contains.

² The focus groups, organized on July 8 and 12, 2021, respected gender balance (50% men and 50% women), age balance (1/3 under 30, 1/3 between 30 and 65 years, and 1/3 over 65), and balance between mobilized and non-mobilized citizens, that is, between those who show a natural interest for regional, national, or European politics, and those who are more or less aware of the debates occurring around the world. They may be affiliated with organizations like political parties, civil society organizations, or NGOs but this is not a necessary condition, while other participants may have a general knowledge of politics, political activity, and political debates, although this does not constitute one of their main daily occupations and concerns. We also achieved a certain geographical balance between citizens living in Barcelona and citizens from other towns in the Barcelona and Tarragona regions. Since we are aware that the sample of citizens is not sufficiently representative of Catalan society, we never aimed to achieve such representation with the focus groups.



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union

The European Union enjoys a good reputation among the citizens that participated in the FACTS focus groups. The most widely shared vision associates the European Union with an organization that is trying to build teamwork among its members in order to better face present and future challenges. Unfortunately, EU countries are not always of like mind. Hence, the idea of Europe also evokes an image of (“sad”) disunion because, according to citizens’ perception, the member states do not collaborate as much as they could or should. This undermines the legitimacy of the EU’s work and its effectiveness. Awareness of this weakness led some participants to express the view that the EU has disproportionate power.

Nevertheless, it may be considered that the EU maintains its capacity to provide hope, since “utopia” was one of the most repeated words when the citizens were asked to link the Union with a specific idea. This “utopia” is identified as worthwhile, even if participants acknowledged that it has been impossible to attain. In general, citizens see the founding principles and

values of the EU as positive and desirable. The EU also clearly evokes human rights and democracy, although members of both focus groups were fairly unanimous in their criticism of its lack of specificity and its hypocrisy. Some participants challenged the idea that the European Union could really be a guarantor of human rights and democracy when there are violations within its borders, and when the EU maintains relationships with third countries that systematically ignore these principles. One of these shared perceptions is that trade agreements and financial relations are favoured over human rights and democracy in any action taken by the EU or its member states.

In the two debates held in Barcelona, there is a clear generational dividing line with a more positive view of the EU being expressed by those who lived through Spain’s transition to democracy and who therefore tend to see the EU as a guarantee of stability. However, both Euroscepticism—understood as manifest hostility to the European project—and federalism were clearly minority positions in the two focus groups.

Despite the fact that participants know that Spain is not a Eurosceptic country, and that support for the EU remains stable (and is even **growing**), the concept of sovereignty emerged when trying to define the nature of the Union. Some non-mobilized participants expressed their doubts about whether ceding sovereignty benefited the interests of the citizens, but without reaching a clear conclusion. On the other hand, the idea of solidarity related to the EU was clearly invoked, especially to demand more of it, both among the member states and with third countries, appealing in particular to the material wealth of the EU. In fact, one participant observed that the EU is a contradictory privilege: it is a privilege if you are a European citizen but also an often-unattainable privilege if you are a citizen of a third country. At this point in the debate, some mobilized citizens mentioned the *Next Generation EU* instrument as a token of solidarity, but most participants could not identify exactly what approval of these post-pandemic funds might mean for European integration. However, the joint purchase of vaccines also served as an example for those who argue that ceding sovereignty in some or all cases could help to meet current challenges. Those who supported transfer of sovereignty were mostly mobilized citizens, regardless of gender or age.

“The person pays for it has the right to ask how money is being spent.”

“This implies paternalism of some countries over others and goes against the idea of equality between nations.”

Citizens’ perceptions of the European Union are strongly marked by context and the closest experiences. This explains why Covid-19 and vaccines were among the first images evoked by participants in the initial interventions, and why other words such as “crisis” or “austerity”, which marked previous narratives about the EU, no longer appear early in the discussion. However, when participants were asked about the concept of crisis, they expressed agreement with Jean Monnet’s quote that “Europe will be forged in crises”, as they acknowledged that the EU is under permanent construction. Some participants also emphasized the influence on European stability of large member states, noting that, “if France or Germany are destabilised by a political crisis, the EU can be really affected”.

Paradoxically, Brexit was only mentioned in relation to the pandemic vaccination process. While someone considered that the British had come out better in terms of managing the acquisition of vaccines, a mobilized citizen over the age of 65 considered that, by comparison with the EU, the UK had acted out of lack of solidarity. In this regard, the younger participants wondered whether, given some of the challenges facing the EU, the time had come to act according to self-interest, as other countries

do (which alludes to the debate on whether or not there is a European interest or interests).

In general, and regardless of the participant’s profile, it was recognized that the EU deserves praise for having acted in solidarity during the management of the Covid-19 crisis, and also for helping third countries to gain access to the vaccine. Participants attributed this to the dominance of the EU’s large states in making important decisions at a time when they would have reacted more decisively, and also to explicit recognition of mistakes made with the financial crisis. The response to the crisis arising from the Covid-19 pandemic is therefore perceived as more supportive and, precisely for this reason, it was suggested that maybe a better communication campaign might be needed to explain what the EU is doing.

However, and despite the context, neither the word “sustainability” nor the debate on climate change and environmental crises appeared spontaneously among the participants when they were asked for a first image, idea or concept related to the EU. This absence of identification between the EU and climate-related issues could be interpreted as a signal to European institutions that citizens may not yet assign to the EU the leadership in climate issues that the European Commission’s Green Agenda for the coming years hopes to consolidate.

“The EU is a guarantee of peace but it lacks operability. It needs to be more agile.”

“(The EU) is a source of peace for those inside. For those who are outside, it is not.”

For older participants, stability is one of the concepts most associated with the EU. The Union is peace and economic liberalism. It is the framework that has provided well-being and peace and it has done so with remarkable success within its borders, although its neighbouring states have not always been either stable or prosperous. The EU is a source of economic and financial strength, and democratic values. However, there is also a perception that the ability to export these conditions outside the continent has been low or non-existent.

Participants were asked if, today, the peace discourse, as conveyed by the European Union—conceived as a contribution to prosperity and wealth creation for its inhabitants in the last 64 years—is still sufficient as a legitimizing narrative of the European project. Mobilized participants aged under 30 replied that “the absence of war is not enough to justify the existence of the EU” if other elements of violence such as inequality, racism, gender violence, or threats deriving from climate change persist. In addition, some participants also associated the EU with concepts such as inequality, especially between countries. Accordingly, some participants,

especially young people, demanded—as an alternative and/or complement to economic liberalism—more social justice as an ideal to which the EU should aspire, considering that the EU is far from achieving this goal at present.

However, it was also lamented that the EU's role as a global player is less prominent than it should theoretically be. This fact was attributed by some mobilized young citizens to the lack of a European army that could defend the EU's interests around the world.

Nevertheless, at the end of the debate, when participants were asked to identify positive narratives about the European Union, the story of peace was clearly superseded by strong impressions of mobility and a new conception of the European space, especially among the younger generations. The success stories that were most repeated by participants and the easiest elements to identify with the Union were mainly concerned with presenting the EU as an opportunity for free movement, labour and student mobility, and the euro. Hence, both the group of those aged under 30 and that of those aged between 30 and 65 considered that, while the peace offered by the EU is the necessary basis for building a common project, other elements such as the Erasmus Programme, shared university degrees, or the facility of moving within the EU are steps forward in quality. Nevertheless, citizens demand even more from the EU.

There was strong emphasis on the idea that any political decision and action taken by the Union should be accompanied by communication and transparency. At the same time, there was almost total ignorance among participants about the possibilities of accessing most of the decisions and documents, which are public. Similarly, non-mobilized citizens, regardless of age or gender, claimed to know that the EU legislates on matters of daily impact although they do not know which.

For many participants, the EU is also synonymous with consensus. But, whether mobilized or non-mobilized, they concurred in concluding that not all consensus is necessarily positive. The mobilized participants lamented the difficulties involved in reaching consensus, while non-mobilized participants pointed out that the idea of consensus somehow undermines sovereignty of member states both individually and of the Union as a whole if it is to move forward and be more ambitious in areas where unanimity is needed and where it still applies.

“I don't have the feeling that there is disinformation about the EU but, rather, a lack of trust in the media in general.”

“The EU cannot indulge in frivolity of communication.”

The debate on the importance of communication was the liveliest in both focus groups. In general, participants of all ages expressed their dissatisfaction with the quality of the traditional media and the information they receive about the EU. “I find it very difficult to rely on the news”, admitted one of the non-mobilized young participants. A non-mobilized woman over the age of 65 explained that, from her point of view, the nature of information about the EU had evolved as it moved towards increasingly political integration. In her opinion, the information received from the EU 20 years ago referred to directives and regulations that affected the daily lives of citizens while, nowadays, the EU is engaged in “high politics” and, in her opinion, this distances it from citizenship. This statement opened the debate on what the EU should do. Is it worth pursuing a political union or should the EU focus on the things it knows how to do which is mainly systematizing and standardizing the regulatory frameworks of its member states? Participants' views on this were divided with no differences in age, gender, or between mobilized and non-mobilized citizens.

However, there is a tacit recognition of citizens' responsibility to find out about the EU, as most admit that they wait for information to reach them rather than looking for it. There are differences between the sources of information used by those aged under 30 and by some members of the cohort aged between 30 and 65, and those used by the rest of the latter cohort and that of people aged over 65. The former group are decreasingly using traditional media and turning more to social and digital media, while the latter still use traditional media. However, they reiterate that one of the problems with the EU's information deficit is the lack of general international information provided by the media. In addition, a mobilized citizen lamented that citizens trying to find out what is happening in the EU are consuming “the version of the events favouring the interests of each capital” instead of a unified account of Union's reality. A mobilized citizen over the age of 65 expressed the view that the EU “needs to be more active and less reactive” when explaining itself.

Analysis of the media reality was closely linked with the perception of a loss of **credibility**. According to the non-mobilized citizens, political representatives and the EU in general have lost credibility over the years. There is a persistent view in Spain that to pursue a career in the European institutions is to “retire”, and it was argued that the images of a half-empty European Parliament affect the perception of this institution and generate apathy towards the EU. To overcome this, EU awareness-raising campaigns are called for, so that citizens can both understand the debates and learn how the EU works (a petition that was supported by both mobilized and non-mobilized citizens). On the other hand, there are discrepancies between participants when it comes to making the EU responsible for better provision of information and improved institutional dissemination because, according to the mobilized group,

this information already exists and EU citizens should be more active in seeking to obtain it.

Regardless of their profile, participants stated that they are aware of the existence of the phenomenon of disinformation and the infodemic that has accompanied the Covid-19 pandemic. However, they failed to identify possible sources of disinformation and the geopolitical motives behind them, although they said that the media and political representatives who spread disinformation should be held accountable.

Most non-mobilized citizens acknowledged that they are mostly informed through a single channel of information, even while claiming that journalism has little credibility. They consider that the media are as polarized as the society, and that the whirlwind of immediacy prevents them from checking sources. The discussion ended with some participants appealing to individual responsibility to check facts and to try to be properly informed. There is an “individual responsibility to create your own speech”, claimed a woman in the group of people aged between 30 and 65.

Regardless of gender, age, and mobilization status, participants know that a polarized society is an easy victim of disinformation. They see the need for public responsibility with regard to information and also that of the media when acting as intermediaries. While it is true that participants admitted to not knowing how to combat disinformation, they believe in education and fostering a critical mind to be able to identify it. Yet they all acknowledge that they look at the information they receive differently depending on the source.

“I am very sceptical about politicians in my own country. How could I talk to ‘Europe’?”

“I would distinguish between Euroscepticism and the desire to change the EU.”

When asked to formulate demands to contribute to strengthening the legitimacy of the European project, citizens presented a wide range of ideas and proposals with a notable social character: “fiscal equality so that there are not first- and second-class countries”; “efforts to end poverty and social exclusion”; “stop seeing the migration crisis as a problem and see it as a human rights issue”; “intolerance cannot be tolerated”; “do not underestimate what is happening in Poland and Hungary”; “making everyone feel part of the EU to reduce identity politics”; “better inclusion of young people in policy-making processes”, etcetera.

Without clear distinctions of age, gender, or degree of mobilization, focus group participants indirectly mentioned the debate around the European demos in

line with the identity debates that abound in the global market of ideas. There was consensus on the difficulty the EU has to legitimate itself without building a European identity. Some participants went so far as to say that they did not feel they belonged to the European Union, while others, without any significant differences between profiles, did identify as Europeans. However, there was no consensus on what this European identity should look like, or according to what references, or on what bases it should be built. Some participants pointed out that perhaps the foundations of this European identity under construction could be based on the experience of the joint purchase of vaccines, where it has been shown that “by acting together we are stronger”. In any case, this identity is yet to be built and there are doubts as to whether it can really materialize.

When participants were asked if they believe that Spain’s voice counts within the EU and what they would say if they had the chance to be face-to-face with policy makers, many showed some scepticism while the most mobilized citizens expressed the conviction that the North-South divide persists in the European Union. In this regard, France and Germany were identified as the states that have a real influence in the EU. On the other hand, messages to political leaders translated, above all, into demands for honesty; a willingness to work for the general interest; criticisms of corruption; and a demand for applying treaties correctly if some member states attempt to violate European values. Equality and social justice and an effort to integrate migrants and refugees were also demanded. In short, it was said that political decision-makers, European and national, should “come out of the bubble”. One scenario in which these participants could articulate their demands is, of course, the Conference on the Future of Europe but only 21.6% of the participants were aware, at the time, of the existence and implementation of the Conference. However, participants agreed on the need to take European debates to national and local levels.

The participants acknowledged that Euroscepticism is a minority view in Spanish society and claimed that any criticisms should be understood as a desire to improve the EU. Collective memory, especially of the older participants, who value the role played by the European Union in the modernization of Spain, weighs heavily in this debate. In fact, the mobilized participants also advocated strengthening the European Parliament’s role in the event that the states ceded more sovereignty to the EU, but this reinforcement should be accompanied by better accountability.

The two focus groups were an exercise in direct listening to the public, an opportunity to identify positive narratives and proposals that could strengthen the EU’s legitimacy vis-à-vis its citizens. In addition to the need to explain itself better, it is demanded that the European Union should take more decisive action in the fields of sustainability and common fiscality, as well as in producing a positive

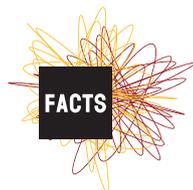
narrative around policies to combat climate change, which would consolidate the EU as a beacon, both for Europeans and for the rest of the world. More equality between member states and promotion of common education policies are also called for to reinforce the idea of a shared identity but, at the same time, strengthening the local dimension of the project, so primary identities are not lost or replaced. “We want them to make us feel involved,” says a woman aged under 30. In CIDOB’s hall, dozens of colourful Post-it Notes form a mural of proposals, which emerged from the debate to attest to this will.

What is the European Union? (ideas and concepts)



FACTS – Informazioni reali per un futuro migliore

di Federico Castiglioni



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union

ABSTRACT

FACTS (From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories) è un progetto rivolto ai cittadini europei e volto a coinvolgerli direttamente nel riconoscimento di notizie false o tendenziose sull'Unione Europea. L'obiettivo principale del progetto è sondare i partecipanti alle tavole rotonde per identificare il ruolo delle fake news nel plasmare l'opinione pubblica. L'Istituto Affari Internazionali ha ospitato due tavole rotonde FACTS, che hanno coinvolto circa 50 cittadini di sesso ed età diversi. Secondo le linee guida del progetto, i partecipanti sono stati bilanciati tra cittadini politicamente impegnati e disimpegnati, più o meno informati, al fine di realizzare una selezione quanto più rappresentativa possibile della società italiana.

Opinione pubblica | Unione europea | Politica europea dell'Italia | Euroscetticismo

keywords

FACTS – Informazioni reali per un futuro migliore

di Federico Castiglioni*

Introduzione

Contraffare le notizie e travisare la realtà non è certo una novità nel panorama politico mondiale. Questa falsa narrazione è stata chiamata per secoli “propaganda” e ancora oggi è un segno distintivo di molti regimi. Questa fonte di informazione distorta è stata sfruttata in diverse epoche e aree geografiche per incanalare il discorso politico sui binari voluti, assecondando spesso istinti emotivi e irrazionali dell’opinione pubblica. Con tutta probabilità, la democrazia liberale è stato il primo sistema di governo nella storia umana che ha cercato di arginare questo abuso di potere (e di fiducia) sui cittadini. Il primo correttivo che i liberali misero in atto per frenare l’indebita influenza dei governi fu la separazione dei poteri e il pluralismo delle fonti. In questo nuovo quadro istituzionale, oltre ai media statali, erano molti gli attori autorizzati a diffondere informazione politica e questo pluralismo poneva un limite alle possibili manipolazioni. Gli attori autorizzati potevano includere agenzie di stampa vicine alle opposizioni o anche riviste indipendenti, e la veridicità dei loro rapporti risiedeva in ultima analisi nelle prove che ciascuna poteva fornire a sostegno delle proprie affermazioni. Idealmente, un governo di stampo liberale avrebbe dovuto difendere con fermezza l’indipendenza dei media ed evitare interferenze. Il secondo pilastro di questo sistema liberale – naturale completamento del primo – era la responsabilità individuale di tutte le parti interessate e coinvolte nel processo informativo. Questa responsabilità degli attori facilitava il dialogo democratico ed eliminava le realtà poco plausibili, riducendo così le sfumature tra fatti e opinioni. Normalmente, questo controllo dei fatti doveva essere eticamente auto-regolato, giungendo naturalmente a termine quando c’era una chiara interpretazione errata della verità. Non di rado, tuttavia, nel corso dei secoli sono state anche implementate regole e leggi per proteggere gruppi e individui dagli effetti negativi di una notizia falsa, come nel caso della diffamazione. I due pilastri del pluralismo e della responsabilità, legati insieme, tenevano in equilibrio democrazia e libertà, concentrando il dibattito sull’interpretazione della realtà piuttosto che sulla sua sostanza.

* Federico Castiglioni è ricercatore nel programma “UE, politica e istituzioni” dell’Istituto Affari Internazionali (IAI).

· Rapporto realizzato nell’ambito del progetto FACTS (From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories). Il progetto è stato finanziato dall’Unione europea nell’ambito del programma Europe for Citizens (grant n. 615563) con l’acronimo FACTS. L’autore è il solo responsabile di questa pubblicazione e l’Unione europea declina ogni responsabilità sull’uso che può essere fatto delle informazioni in essa contenute.

Oggi questo sistema di informazione liberale è sotto pressione. Da un lato, molti governi incanalano il sentimento della propria comunità nazionale verso percorsi conformi alla loro agenda, mostrando una preoccupante tendenza all'ingerenza. D'altro canto, i principali attori che forniscono informazioni (vale a dire i social media e altri attori online) sono sempre meno responsabili per le loro azioni, grazie al particolare sistema di accesso alle proprie piattaforme. È proprio nella natura della (dis)informazione contemporanea, quasi indistinguibile dalle opinioni individuali condivise con una comunità più ampia, che si cela gran parte della confusione che le nostre società si trovano attualmente di fronte. Tra le vittime di questo complesso sistema di comunicazione vi sono alcune istituzioni nazionali (come il potere giudiziario) e molti organismi sovranazionali, come l'Onu e l'Unione europea. L'Ue è stata presa di mira da campagne diffamatorie sin dalla crisi economica del 2008, quando le sono state addossate alcune responsabilità associate alla cattiva gestione finanziaria dei fondi internazionali e dei bilanci nazionali. Da allora, l'Unione è stata indebolita dall'uscita del Regno Unito e agitata da altre controversie interne che hanno quasi portato al crollo della moneta comune. Ogni tentativo di invertire questa tendenza deve ritrovare l'origine del problema e quindi affrontare la delicata questione del pluralismo e il suo rapporto con quelle che vengono definite "fake news". A fronte di questo quadro complicato, FACTS è un progetto volto a individuare la fonte delle informazioni contemporanee sull'Unione europea, attraverso l'indagine di gruppi eterogenei di cittadini e l'ascolto delle loro opinioni. L'originalità di questo progetto risiede nella sua metodologia dal "basso verso l'alto" che incita i responsabili politici ad ascoltare i cittadini comuni e ad astenersi da giudizi o soluzioni facili. L'indagine condotta riguarda sia la struttura dell'informazione contemporanea che il suo esito, e può offrire un contributo significativo al dibattito in corso per una riforma complessiva dei social media.

Tavole rotonde organizzate dallo IAI

Per quanto possa sembrare paradossale, il tempo presente è un'epoca segnata da interconnessioni globali e dinamiche locali o microlocali; in questo quadro il dibattito interno, nazionale o sub-nazionale, è ampiamente considerato dai cittadini e dai politici nazionali più importante di qualsiasi questione internazionale. In effetti, questa preferenza interna non implica che ogni bolla nazionale sia isolata dalle altre o che ci sia una vacanza di propaggini locali per questioni globali. Piuttosto, quello che si dimostra esistere è un filtro nazionale che media i temi internazionali, comprensibile se si considerano le diverse ricadute che lo stesso problema può avere su territori diversi. FACTS muove i suoi passi lungo le linee di questo discorso, inquadrando i temi europei secondo una prospettiva nazionale. Lo IAI è l'organizzatore del progetto responsabile per l'Italia, un Paese dove negli ultimi anni ha soffiato forte il vento dell'euroscetticismo. L'Istituto ha organizzato due tavole rotonde che hanno coinvolto più di 50 cittadini di diversa età, sesso e professione. I due eventi, che contavano circa 25 cittadini l'uno, sono stati organizzati online a causa della pandemia di Covid-19 e lo strumento Zoom è

stata la piattaforma scelta¹. Per facilitare la conversazione, far sentire i partecipanti più a loro agio e gestire meglio il dibattito, ogni tavola rotonda è stata suddivisa in sottogruppi per trattare gli argomenti proposti. Ogni sottogruppo era guidato da un facilitatore. I temi discussi riguardavano principalmente: la percezione verso le istituzioni europee e il processo di integrazione europea; la familiarità con la politica dell'Ue e la relativa agenda; il riconoscimento di notizie false sull'Ue o sulle sue politiche. Al termine delle mini-sessioni, i facilitatori hanno raccolto le opinioni dei partecipanti, riassumendo i principali punti della discussione. Le stesse domande discusse dai sottogruppi sono state poi riproposte nel corso della plenaria. Ciascun gruppo, rappresentato da un portavoce, ha contribuito alla plenaria avanzando il punto di vista del proprio sottogruppo sui temi ad essi sottoposti, arricchendo così lo scambio.

Sorprendentemente entrambe le tavole rotonde, organizzate con la partecipazione di cittadini diversi e a mesi di distanza l'una dall'altra, hanno toccato gli stessi punti e messo in luce le stesse difficoltà. Innanzitutto, gli organizzatori hanno rilevato una differenza significativa nella percezione dei giovani in confronto alle altre fasce di età. Come ha sottolineato uno dei partecipanti, le nuove generazioni nascono in un ambiente socio-culturale "profondamente influenzato dalla presenza dell'Europa nella loro vita", e questa presenza oggi si fa sentire in molti campi. Da un punto di vista politico, un impatto visibile dell'Ue è la costante menzione di temi legati all'Europa nei titoli dei media, così come la crescente notorietà di alcune istituzioni come la Bce o la Commissione. I cittadini più anziani sembravano meno consapevoli di questo ricorrere di nomi europei ed erano più inclini a sentirla come un'innovazione (positiva o negativa). Un'altra divergenza è stata individuata nella concezione del viaggio e del tempo libero, nonché nella familiarità con altre culture e lingue dell'Ue. Non sorprende che i partecipanti più giovani abbiano sottolineato l'importanza del Programma Erasmus e le grandi opportunità offerte da una migliore conoscenza di altri Paesi europei, mentre tutta la classe over 65 non ha mostrato lo stesso entusiasmo. Allo stesso modo, sia le opinioni politiche espresse riguardo ai risultati raggiunti dall'Ue sia quelle sul suo futuro rispecchiavano in qualche modo il divario di età. A questo proposito, gli organizzatori e i facilitatori hanno notato da un lato una scarsa propensione dei più giovani a esprimere opinioni forti durante la discussione, e dall'altro un migliore atteggiamento critico sviluppato dai cittadini più anziani. La mancanza di assertività dei partecipanti giovani è stata però bilanciata da una maggiore convinzione nelle loro posizioni (cioè il ruolo dell'Ue nell'assicurare la pace e nell'attenuare i conflitti), mentre chi era più critico ha accompagnato le sue dichiarazioni con aperture probabilistiche ("se", "mi chiedo", "probabilmente"). Per quanto riguarda la preparazione individuale, non è stata notata una grande differenza tra le diverse classi di età quanto piuttosto tra le persone istruite e impegnate e i cittadini lontani dalla politica. Inoltre, non è stata osservata alcuna differenza di atteggiamento o opinioni lungo linee di genere. Durante la prima tavola rotonda, alcuni partecipanti hanno lamentato

¹ La prima tavola rotonda si è svolta online il 18 giugno 2021. La seconda edizione si è svolta, sempre in modalità telematica, il 15 ottobre 2021.

anche una disconnessione delle piccole città italiane dal dibattito europeo, ma il secondo incontro ha trascurato di commentare questo aspetto.

Principali risultati

Nel corso delle tavole rotonde organizzate dallo IAI è stata notata una convinzione comune, condivisa dalla stragrande maggioranza dei partecipanti, ossia che in Italia il dibattito sui temi europei sia solitamente semplicistico e spesso fazioso. La soluzione unanime trovata è stata quella di realizzare una campagna d'informazione sulle politiche europee, il cui obiettivo sia quello di educare i cittadini (e quindi gli elettori) sulla complessa struttura del processo decisionale dell'Ue. Una migliore educazione è anche, secondo i partecipanti, la chiave per rilevare e quindi sfatare le fake news e le informazioni fuorvianti. Per quanto riguarda le fonti di queste fake news, tutti i partecipanti hanno concordato sul ruolo svolto dai social media nella loro diffusione, a volte con il tacito sostegno dei commentatori televisivi, della stampa o di altre trasmissioni. Nelle parole di un relatore in plenaria, i media tradizionali si limiterebbero semplicemente a fare da eco a tali informazioni fuorvianti, riflettendo una rappresentazione imprecisa della realtà. Alcuni partecipanti hanno avanzato l'ipotesi che tale disinformazione sia causata non solo dall'ignoranza di molti giornalisti, ma sia anche determinata da scopi politici reconditi. Il rovescio della medaglia di questa sfiducia nei confronti dei media ufficiali e non ufficiali è una forte affidabilità percepita per i canali di comunicazione ufficiali (siti web, dichiarazioni ufficiali, eccetera).

Com'era prevedibile, è stata rilevata una forte divergenza di opinioni su questioni politiche scottanti riguardanti la migrazione e l'economia. Per quanto non centrali nel questionario dello IAI, questi temi sono naturalmente emersi durante il dibattito e sono stati collegati alla percezione dell'Europa. Significativamente, il discorso sull'economia si è intrecciato con i simboli maggiormente identificati con il progetto Ue, tra cui la moneta comune. A questo riguardo, è stato notato come solo una minoranza abbia espresso un sentimento per la bandiera dell'Ue o per altri simboli. Questa mancanza di identificazione non è stata percepita come un ostacolo dai più euroentusiasti, mentre gli euroscettici l'hanno presentata come un esempio di fredda integrazione burocratica. Alcuni cittadini hanno criticato aspramente la moneta unica, sostenendo che la sua creazione sia stata ideata dalle banche commerciali, principali beneficiarie del processo di integrazione. Il dibattito sulle migrazioni è stato invece stimolato dalla domanda sul ruolo dell'Unione europea nell'assicurare pace e prosperità ai propri Paesi membri. A questo proposito, tutti i partecipanti hanno apparentemente accettato che l'Ue sia stata determinante nel promuovere la pace all'interno dei propri confini, chiedendosi se questo risultato sia stato ugualmente positivo per i suoi vicini e per i Paesi associati. Tutti i cittadini hanno sostenuto che le attuali ondate migratorie sono in qualche modo un fallimento dell'Ue e un segnale di instabilità internazionale, ma come affrontare il problema le opinioni sono state spesso diametralmente opposte.

Conclusioni

Anche se il dibattito è iniziato trattando il tema delle “fake news”, e quindi in linea con l’impostazione iniziale dello IAI, lo stesso dibattito si è presto tradotto in uno scambio politico sul progetto di integrazione europea e sul suo futuro. I rappresentanti e i portavoce dei gruppi hanno trovato un consenso comune sui prossimi passi da fare, che a loro parere dovrebbero implicare aspetti di sicurezza e difesa. Dato il focus di questo incontro, la sicurezza è stata particolarmente enfatizzata, abbracciando in particolare la dimensione digitale. Nelle tavole rotonde è emersa la necessità di una strategia europea comune per scoraggiare gli attacchi informatici, tenendo conto delle possibili minacce provenienti dalla Russia e dalla Cina e di un loro interesse per una destabilizzazione dell’Ue e/o dei suoi Stati membri. Sono emerse invece opinioni diverse su un possibile cambiamento istituzionale. Da molti partecipanti l’Ue è vista come un puzzle incompiuto o una cattedrale finita a metà, meravigliosa ma incompleta. Secondo altri le istituzioni comuni hanno invece già assunto una forma chiara e visibile – connotata da leggi vincolanti e dal metodo intergovernativo – e tale configurazione potrebbe anche essere definitiva. Non c’è alcun indizio che la natura dell’Ue cambierà in un prossimo futuro, né indicazioni che suggeriscano che i cittadini vogliano (o abbiano mai voluto) qualcosa di diverso, e quindi non c’è nulla di “incompiuto”. In altre parole, la creazione di una Federazione europea per questi cittadini non è un risultato naturale di questa Unione, ma solo un esito che alcuni vorrebbero.

In conclusione, la tavola rotonda plenaria ha sollevato una questione fondamentale, che ruotava intorno all’euroscetticismo e al suo carattere distintivo. Anche su questo tema sono stati registrati punti di vista diversi. Alcuni hanno sostenuto che l’euroscetticismo in quanto tale non esiste, essendo una parola ricorrente sfruttata per fini politici e il cui significato rimane confuso. Un euroscettico può essere qualcuno che semplicemente non è d’accordo con le linee guida della Commissione, un partito politico contrario a un’ulteriore integrazione europea o chiunque metta in discussione lo stato attuale dell’Unione. In questo senso, chi si oppone alla stessa esistenza di un’identità europea e chi si batte per un’integrazione più profonda può essere ugualmente definito “euroscettico”. Altri partecipanti si sono dimostrati fortemente in disaccordo con questa posizione, affermando che l’unico vero euroscetticismo è quello portato avanti dai partiti politici nazionalisti e che prende di mira l’Ue per qualsiasi fallimento. Queste persone avversano non solo l’integrazione europea, ma ogni tipo d’integrazione sovranazionale e quindi le loro posizioni si intrecciano con rivendicazioni nazionaliste. Per quanto controverso, quest’ultimo argomento ha sintetizzato in modo eccellente il fertile scambio scaturito dalle tavole rotonde dello IAI, colmando il divario tra un dialogo specialistico ritenuto spesso distante dai comuni cittadini e le reali opinioni di questi ultimi, spesso più coincidenti del previsto con l’attuale discussione istituzionale e accademica.

aggiornato 28 ottobre 2021

Istituto Affari Internazionali (IAI)

L'Istituto Affari Internazionali (IAI) è un think tank indipendente, privato e non-profit, fondato nel 1965 su iniziativa di Altiero Spinelli. Lo IAI mira a promuovere la conoscenza della politica internazionale e a contribuire all'avanzamento dell'integrazione europea e della cooperazione multilaterale. Si occupa di temi internazionali di rilevanza strategica quali: integrazione europea, sicurezza e difesa, economia internazionale e *governance* globale, energia e clima, politica estera italiana; e delle dinamiche di cooperazione e conflitto nelle principali aree geopolitiche come Mediterraneo e Medio Oriente, Asia, Eurasia, Africa e Americhe. Lo IAI pubblica una rivista trimestrale in lingua inglese (*The International Spectator*), una online in italiano (*AffarInternazionali*), tre collane di libri (*Global Politics and Security*, *Quaderni IAI* e *IAI Research Studies*) e varie collane di paper legati ai progetti di ricerca (*Documenti IAI*, *IAI Papers*, ecc.).

Via dei Montecatini, 17 - I-00186 Roma, Italia

T +39 06 6976831

iai@iai.it

www.iai.it

Ultimi DOCUMENTI IAI

Direttore: Alessandro Marrone (a.marrone@iai.it)

- 21 | 14 Federico Castiglioni, *FACTS – Informazioni reali per un futuro migliore*
- 21 | 13 Camilla Vianini and Chloé Berger, *Warfare and Geopolitics in Europe's Southern Neighbourhood: Implications for NATO*
- 21 | 12 Alessandro Marrone, Ester Sabatino e Ottavia Credi, *L'Italia e la difesa cibernetica*
- 21 | 11en Ottavia Credi and Camilla Vianini, *Space and European Digital Sovereignty*
- 21 | 11 Ottavia Credi e Camilla Vianini, *Spazio e sovranità digitale europea*
- 21 | 10 Marietta S. König and Liliya Buhela, *The OSCE Asian Partnership: Developments and Thematic Priorities*
- 21 | 09 Ester Sabatino (a cura di), *La collaborazione italo-britannica nel settore della difesa e sicurezza dopo la Brexit*
- 21 | 08 Eleonora Poli e Margherita Salvia, *Unione europea: cittadinanza e beni comuni europei*
- 21 | 07 Valeria Branca, *Financing Infrastructure Investments for Local Communities*
- 21 | 06 Alessandro Marrone e Karolina Muti, *La difesa missilistica dell'Europa e l'Italia: capacità e cooperazione. Executive summary*



**Citizens' views on fake news
and false narratives about the European Union**

FACTS project

EU INSTITUTIONS & POLICIES

George ANDREOU

*Assistant Professor, School of Political Sciences, Aristotle University of
Thessaloniki; Research Fellow, ELIAMEP*



October 2021
Policy Brief #154/2021

Citizens' views on fake news and false narratives about the European Union

FACTS project

Copyright © 2021 | All Rights Reserved
HELLENIC FOUNDATION FOR EUROPEAN & FOREIGN POLICY (ELIAMEP)
49, Vasilissis Sofias Ave., 10676, Athens, Greece
Tel.: +30 210 7257 110 | Fax: +30 210 7257 114 | www.eliamep.gr | eliamep@eliamep.gr

ELIAMEP offers a forum for debate on international and European issues. Its non-partisan character supports the right to free and well-documented discourse. ELIAMEP publications aim to contribute to scholarly knowledge and to provide policy relevant analyses. As such, they solely represent the views of the author(s) and not necessarily those of the Foundation.

George ANDREOU

Assistant Professor, School of Political Sciences, Aristotle University of Thessaloniki ; Research Fellow, ELIAMEP

Disclaimer: This project has received funding from the European Union's Europe for Citizens programme under grant decision No. 615563 and acronym FACTS. This publication reflects only the author's view and therefore the European Union and its Education, Audiovisual and Culture Executive Agency are not responsible for any use that may be made of the information it contains.

Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union



Summary

- There is more unison than discrepancy in Greek citizens' perceptions regarding the European Union.
- National identity continues to shape and frame the way most Greeks perceive the EU, interpret its activities, and evaluate its role.
- Participants have a positive image of the EU. However, there is a widespread feeling of disappointment towards an EU that "does not function on equal terms for all".
- The general public lacks basic knowledge about the EU and what it stands for, about the respective roles of the Union and its member states, as well as about the ways EU and national officials engage in policy-making.
- Greeks are very vulnerable to disinformation about the EU, as relevant and reliable information is scarce in the domestic media.
- Many mobilized citizens feel that information from EU sources is not addressed to all, but only to those who have a strong personal and/or professional motivation.
- Non-mobilized citizens appear quite distant from information regarding the EU.
- Lack of solidarity between member states breeds apathy and a lack of interest in the EU among EU citizens.
- The most effective strategy against disinformation is improving communication between the EU and its citizens, and cultivating trust.

Introduction

In June and July 2021, ELIAMEP organized two citizens' forums in Greece in the context of the *FACTS - From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories* project. FACTS aims to identify the existing rumours, false narratives or fake news about the European Union circulating among mobilized and non-mobilized citizens, and to ascertain whether these rumours directly hinder the idea of acquiring a European citizenship. It also seeks to contrast such narratives with the solidity of the traditional narrative of peace and prosperity that it is still viewed as the main achievement of the EU. We will test how well this narrative has stood the test of time, and whether a) it is still a powerful mobilizing factor; and b) mobilized and non-mobilized citizens can, and actually do, think of a different narrative. The project will also compare the perspectives of different citizens from different member states in order to locate possible convergences and divergences, explore their causes and origins, and assess their significance.

“National identity continues to shape and frame the way participants perceive the European Union.”

During the two abovementioned events, ELIAMEP researchers had the opportunity to listen to citizens' reflections with regards to their perception of the successes and failures of the European project. Discussions were interactive, encouraging dialogue among participants, and were structured around three thematic pillars: a) citizens' understanding of the European Union and its role; b) citizens' views on information sources and fake news about the EU; and c) citizens' expectations towards EU and national officials. This report summarizes the main conclusions drawn from the minutes of the two citizens' forums.

Citizens' perceptions of the European Union

National identity continues to shape and frame the way participants perceive the European Union, interpret its activities, and evaluate its role. Firstly, the “Us and Them” mentality is dominant, as all participants view “Europe” and “the European Union” as something distinct from “Greece” and “Greeks”. Moreover, during the discussion of the EU's performance in different policy areas, participants focused on the EU's role in relation to Greece and the Greeks – and not in relation to individual citizens or other societal groups and organizations.

“...it was argued that ‘the EU is not a real union, because there are no common interests, objectives, equality, polyphony or solidarity’.”

In general, participants have a positive image of the European union. The EU has been associated with the idea of “mutual aid, collaboration, support, solidarity in good and bad times”, “a sense of safety, security and freedom”, “a link between countries that share common values”, “feeling as citizen of a wider union”, but also “economic support”. Some mobilized citizens also associate the EU with cross-border mobility and travelling, tourism, commerce, studies, cultural exchanges, and employment opportunities. At the same time, there was a widespread feeling of disappointment with the EU. Most participants spontaneously juxtaposed the above-mentioned “ideal” or “theoretical” image of a European Union with a more sober “reality” that is composed of various “failures”. Many feel that the EU does not function on the basis of equality and is, in fact, divided between the powerful and the powerless, the North and the South, while it is guided by politics and financial interests. In fact, the EU's *lack of solidarity* with its weaker member states was identified as its most serious failure to date. More specifically, it was noted that the EU tolerates and/or perpetuates economic and political inequalities between its member states; there were also references to a two-speed or multiple-speed Europe, with Germany in the centre and Greece and the other Southern member states on the periphery. Moreover, it was argued that, “the EU is not a real union because there are no common interests, objectives, equality, polyphony or

Citizens' views on fake news and false narratives about the European Union - FACTS project

“...non-mobilized citizens focus more on the negative aspects of the EU-Greece relationship.”

solidarity”; Brexit was mentioned as one more example of EU failure. Still, several participants stressed the positive aspects of the EU and Greece’s participation in it; open borders and EU funding have contributed to improvements in living standards, while openness and freedom in several sectors (i.e., commerce, travel, civilization, environment, human rights etc.) comprise positive elements for the European Union to build upon.

“Mobilized citizens, on the other hand, appear to bring more balance to the discussion and to practice more self-criticism.”

There is more unison than discrepancy in citizens’ perceptions of the EU, regardless of demographics and mobilization. However, non-mobilized citizens focus more on the negative aspects of the EU-Greece relationship, and particularly on the negative impact of the Economic Adjustment Programmes of the last decade. On top of that, they tend to attach more importance to national identities, and to regard cultural differences as important obstacles to further integration in Europe. Mobilized citizens, on the other hand, appear to bring more balance to the discussion and to practice more self-criticism. Citizens living closer to Greece’s Eastern border attach greater importance to the stance of the EU towards Turkey and irregular migration, arguing that the EU is not providing sufficient support to Greece on these two issues. Younger citizens appear more optimistic and open to discuss the positive aspects of the EU and how to build on them.

Citizens’ views on information sources and fake news about the EU

“...the Greek public is very vulnerable to disinformation about the EU, as news and information about the EU and other member states is scarce in the Greek media.”

Participants shared the view that the general public lacks basic knowledge about the EU and what it stands for, about the role of the Union and the role of its member states, as well as about the role of EU and national officials in policy-making. It was argued that “misinformation and fake news are all around us, but they are very hard to identify”; participants exhibited a high degree of mistrust towards the more conventional channels of information (TV, radio and newspapers). The Greek media are considered manipulative and misinformative (and as even taking bribes from governments in order to portray the latter in a more favourable light). Most participants use the Internet as their main information source, taking advantage of any digital source available (e.g. FB newsfeed, newspaper titles, blogs, newspaper sites, FB users’ comments, photos). Non-mobilized citizens tend to view the Internet as an independent and pluralistic source for information of every kind (EU news included), while mobilized citizens usually approach the Internet with greater caution and try more often to combine different information sources, including EU sites and non-Greek media. In fact, many mobilized citizens recognized that the inclusion of non-Greek sources is the key to less biased information.

“Various EU sites and information sources do exist, but locating and visiting these sources regularly is a demanding process that requires a high level of effort and commitment.”

Many participants claimed that the Greek public is very vulnerable to disinformation about the EU, as news and information about the EU and other member states is scarce in the Greek media. It was also mentioned that, over the last decade, the EU has appeared in the Greek news almost exclusively in connection with the economic crisis and the Economic Adjustment Programmes, a fact that has given increased impetus to anti-EU narratives. Mobilized citizens in particular pointed out that, more generally, the information flow about the EU is fragmented and “radial”: each national public is informed about the issues that concern its own country (mostly through the filter of local media that serve the agenda of the given member state), while there is lack of general and cross-country information about EU affairs. Various EU sites and information sources do exist, but locating and visiting these sources regularly is a demanding process that requires a high level of effort and commitment. As a result, many mobilized citizens feel that information by EU sources is not addressed to all, but only to those who have a strong personal or professional motivation. Finally, a lack of access to information can also be a result of a low educational level (the language barrier being an important

Citizens' views on fake news and false narratives about the European Union - FACTS project

factor), low living standards, older age, and/or technological illiteracy. Non-mobilized citizens, on the other hand, appear quite distant from information regarding the EU. While they recognize that disinformation campaigns and fake news have become a big issue, they prefer to receive information about politics (and, occasionally, about the EU) from the Internet and via direct contacts with friends and acquaintances. On several occasions, the difficulty of filtering information about the EU, and/or the fear of disinformation, caused these citizens to become apathetic.

“...the most effective strategy against disinformation is to improve communication between the EU and its citizens and to cultivate the latter’s trust of the former.”

When the discussion shifted to the possible sources of disinformation, several participants argued that disinformation campaigns may be orchestrated by political parties or governments seeking to impact on public opinion and to promote their own agenda. It was mentioned that fake news spreads quickly, but does not last long. On the other hand, most participants emphasized that the most effective strategy against disinformation is to improve communication between the EU and its citizens and to cultivate the latter’s trust of the former. More specifically, the need for developing official and two-way communication channels between public actors and citizens was stressed. Official EU information sources must become more direct, easy to access and comprehend, and user friendly; the official website of the European Union must become more accessible and integrated, and include more information about member state. In this context, a couple of participants promoted the idea of the EU broadcasting and disseminating its own official TV news bulletin on a daily basis. As mobilized participants argued, national offices of the European Parliament should become more active, disseminating information about the EU in every European language and establishing forums where MEPs and citizens can debate. In this context, positive experiences of EU activity - i.e. freedom of transportation, travelling and commerce, education programmes (ERASMUS), support for agriculture, the environmental and green transition initiatives, cultural exchanges, EU-funded development programmes – could be used as building blocks for developing a more positive image of the EU and, consequently, for cultivating more positive expectations on the part of EU citizens. Finally, the EU must promote its actions and values more actively through the national educational systems.

“There is a strong belief that the EU institutions are led by a “directorate” of the most powerful member states, with Germany at the helm.”

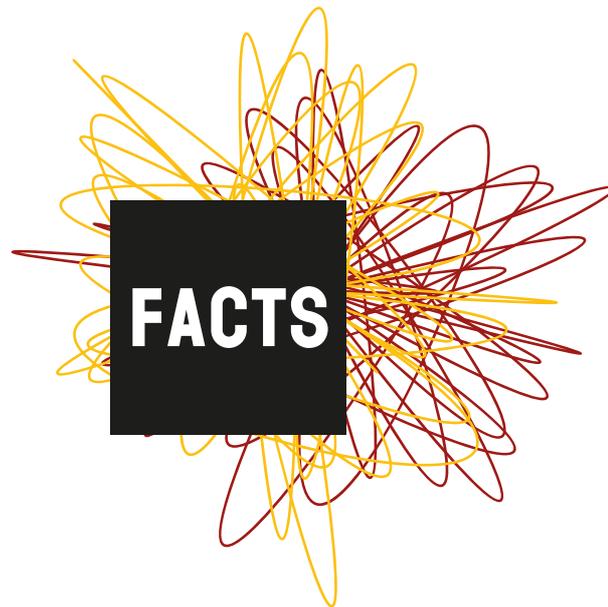
Citizens' expectations of national and EU officials

There is a strong belief that the EU institutions are led by a “directorate” of the most powerful member states, with Germany at the helm. Drawing on their experiences of the last decade, most participants assume that the stronger EU countries impose their preferences on the weaker, and that policy-making in Greece (and every country on the European “periphery”) is therefore dictated by the interests of the “Brussels directorate”, leaving national voices unheard. The role of national representatives in the EU is not well understood, especially by non-mobilized citizens; there is a widespread impression that they are “living the good life in Brussels”, while most participants are unsure whether they act in the interests of their country and/or seek to promote the interests of the Union as a whole. Following on from the above, participants argued that they need more information about the internal workings of the EU and its different organs. At the same time, they are highly critical of the role of the officials who represent Greece in the EU, stressing that they could have had a greater impact if they had taken their role more seriously and worked harder. Citizens also demand clarity and ask that their national representatives improve their performance as mediators between Greece and the EU, ensuring that: a) Greek national concerns are heard in Europe; b) Greek citizens are informed about what happens in the EU; and c) new ideas and proposals developed in the EU are communicated effectively to the Greek public.

“...more “democracy in action” is needed at the European level through direct citizen access and participation in various activities.”

Citizens' views on fake news and false narratives about the European Union - FACTS project

When discussing the role of EU officials, mobilized citizens believe that, as long as the EU continues to fail to address inequalities and differences in living standards between member states, citizens of the weaker member states will remain apathetic and uninterested in EU matters: “The more bridges for equality are built, the more opportunities for citizen participation will be created”. Moreover, it is argued that Members of the European Parliament do not have much power, and that it is therefore imperative that the latter is upgraded into an actual decision-making centre. On top of that, more “democracy in action” is needed at the European level through direct citizen access and participation in various activities (European Parliament elections, referenda, citizens’ forums). The EU should also become more active in the fields of education and culture.



Facts and Fake News in European Narratives

Results from the research project FACTS

Paulina Fröhlich, Sophie Borkel, Christian Mieß | 1. November 2021

300 people from five European countries were interviewed about their image of the European Union. Among the interview participants in Germany, the peace narrative still takes hold, although inequalities in the distribution of wealth are strongly criticized. Concerns about the rule of law among eastern neighbors can be found, as well as concerns about 'too much Europe'. For the future, most wish for a Europe of justice.

In the pan-European research project FACTS, think tanks in five different countries conducted roundtable discussions with citizens. The aim was to find out what the citizens' image of the EU is: What do they associate with the EU? Is the European narrative of peace and prosperity still alive? Where do citizens get their information about the EU and have they ever encountered disinformation?

The 60 people who took part in the discussion rounds in Germany were selected on the basis of various categories such as age, gender, or place of residence. The selection criteria also included a self-assessment: do you actively inform yourself about political events and do you

participate politically, or are you rather marginally interested in political events and do not participate politically? Only one question showed conspicuities along the lines of this attribution.

Peace achieved only internally, prosperity only for some.

Peace and prosperity are part of the founding mission of the European Union. It is not uncommon for the EU to be referred to as a “peace project”. The clear majority of the participants in the discussion agreed when asked whether the EU has actually ensured peace and prosperity. Here one can speak of a successful European narrative.

Although the Union has ensured peace among its member countries, its success in contributing to peaceful conditions in other parts of the world has been qualified as being very modest. In some cases, conflicts or wars – such as the Bosnian war – are explicitly mentioned, but overall the fundamental achievement of peaceful coexistence is gratefully emphasized.

The ideal of peace and pacified living conditions, however, could not end at the borders of the EU. Universal values and goals of the EU must also be a mandate for its external relations.

However, the participants find it more difficult to describe the goal of prosperity as being achieved than peace. Although they agree that the EU is to a large extent a prosperous community, they always point to the unequal distribution of prosperity. In particular, the difference between richer countries such as Germany and Central Eastern and South-Eastern Europe is emphasized at this point. Economic dissatisfaction (and inequality) is thought by some to be the main reason for Euroscepticism.



“When I stand at monuments or former battlefields, I am full of gratitude for Europe’s peace. But I also often travel in the Balkans and see extreme inequality along the borders. The further east or south, the less respected are Europeans.”

“That [peace and prosperity] was, after all, always the founding story, which was unquestioned (...) in recent years, on the other hand, there’s a counter-narrative that claims that the EU is not the solution, it’s the problem. And that has to do with the fact (...) that different people and different regions have benefited to different degrees, from the overall prosperity.”

Freedom of movement and rule of law: only with limitations.

Asked about their first associations with the European Union, the vast majority of participants reference freedom of movement, travel, and open borders as first associations. The Euro, bureaucracy, and a common system of values are mentioned by only a few. Many other associations (languages, diversity, ECB, flag, opportunities, tough processes, etc.) show that thoughts about Europe are very broad.

However, due to the Corona pandemic, the advantages of the EU – such as the freedom to travel and the cultural diversity – could not be experienced in the past years. Some participants emphasize that especially the situation of border controls and lack of freedom of movement reminds them of old unpleasant times.

The EU as a community of values also comes up frequently in the discussion rounds. Yet, some participants doubt whether the Union deserves to be associated with these values at all. For example, the treatment of refugees at the EU's external borders is mentioned as a point of criticism. Concerns about European values such as the rule of law and human rights also come up frequently. Every time this is the case, some protagonists for these concerns are clearly named: "Poland and Hungary". The critical situation is seen as a European challenge and not thought of in a detached national way, as statements like this show:



"There are fields of activity where the EU as such does not really function that well. Let's go to the issue of human rights in Poland and in Hungary. "

"The values are clear. Actually, the concepts are too. But how that is filled with life, that is very questionable. Just look at Hungary and Poland, how they behave."

While the majority of participants believes that countries that abuse European values and rights should be sanctioned, a few caution that even countries like Germany would not abide by everything. Therefore, they should not always "point the finger at Poland."

Some would like to see the European Republic, while others still need basic information about the

EU.

What is striking is that both, in all associations and in the formulated expectations for a future Union, that major crises are hardly mentioned. Neither the financial crisis nor the climate crisis seem to explicitly shape the current or the future view of the citizens on the image of the European Union. Certainly, the necessity of climate protection or the role of fiscal policies are discussed, but not to any significant extent.

Instead, different perspectives on the EU's ability to act and its claim to be able to act are discussed lively. While many participants would like to see a more active EU, others see European slowness as excessive. They would therefore like to see more national sovereignty. Exemplary of these discussions is the question about support for or rejection of the idea of striving for a European republic:



“Sure, a lot of time has been frittered away, but in my eyes it's still not too late. (...) One has to go and create some kind of visions and try to pursue them, so that one can achieve something at all. If I would say from the outset 'I can't do it,' that's not possible.”

“I don't want to have a gigantic superstate. I want it [the EU] to work, and that's why, frankly, I'd like to say goodbye to unrealistic ideas. Which, after all, aims to have something like 400 or 450 million people living in a state at some point, where I ask myself: where's the democracy in that?”

Other expressed expectations of the EU include the desire to receive more information. Either the interview participants have the impression that the majority of the population is told far too little about the achievements of the EU, or they admit that they personally know too little to feel connected to the Union at all:

“My big problem is that I have the feeling that I don't really understand all these things. (...) Why do we need this resolution now? And what is difficult about it? And why is it important now that we decide this on a European level and not somehow on another level? (...) So I don't feel really mature as an EU citizen, because I don't really understand the phenomenon.”

“Younger people have the internet, after all. But for older people, TV and newspapers are still very important sources. And since they are also taxpayers and voters, it is important that the EU shows ‘We are doing something for you. We are thinking of you and you can count on us.’”

Furthermore, the topic of solidarity provides an occasion for lively exchanges in the groups, often discussed in a very exemplary way, based on the events during the so-called refugee crisis of 2015. Other expectations of the EU are sometimes very concrete – such as those for more laws against discrimination. In particular, it is discussed that the equality of women and men is still far from reaching a satisfactory level throughout Europe.

Information about the EU comes along, occasionally.

Asked about the sources from which the participants obtain their information about the EU, most of the people mention various media, but also private conversations as well as exchanges with co-workers. Strikingly, but unsurprisingly, it is the younger participants who tend to indicate social media and/or online media as their main sources of information.

Libraries, brochures, conferences, or information events are also mentioned occasionally. In addition to those mentioned, however, there are also people who emphasize that they do not inform themselves at all. Several people mention that they deliberately decided against having a television or newspaper subscription.

“I have a lot to do with France, so we sometimes talk about EU politics in general and also in the family circle.”

“And then I always have Facebook, Instagram directly, always ready to call up.(...) because certain things are also easier for me to explain. So I find there are certain newspapers that are just very complicated and articles are also very pompously formulated that I think to myself okay, could it not have been conveyed more simply?”

“I also don’t inform myself at all. And as I said, only when I’m traveling. I always see project signs where EU money is flowing in somewhere. Sorry, that’s all I have to say

about that.”

Those participants who categorized themselves to be actively involved and politically informed, more often actively use podcasts, newsletters, and other information material (pull media) in addition to newspapers and television (push media) in order to form their opinions about the EU than those participants who describe themselves as more distant from politics. The latter tend to restrict themselves to television and media on the Internet and, if they are younger, to social media such as Instagram and especially Facebook.

What particularly stood out in this discussion was that most of the participants demonstrated a high level of media competence in that, regardless of which channels they used, they always critically scrutinized sources and compared them with second and third-party information. In isolated cases, the view on media content already appears skeptical and fundamentally distrustful.



“So I already look at where the information comes from. For example, I wouldn’t get information from the Bild newspaper, because I don’t think it’s serious.”

“I basically look at the news and see how controlled certain media are. But I also look at them critically.”

Receptivity to fake news is explained in different ways.

Most participants are aware of disinformation. However, only after they have thought about it for a while. By far the most frequently cited source of fake news they are aware of is the television station Russia Today (RT). Participants describe it as increasingly difficult to identify fake news as such – especially when it occurs on social media.

They generally attribute more fake news to social media channels than to the print press or television stations, for example. Missing source citations radiate less seriousness for them. Not all participants have already consciously encountered disinformation. If they have, they have encountered it among acquaintances or friends (links to dubious blogs or videos were forwarded via chat message) or they hear reports about fake news from media they trust.

The most common example here is fake news about the coronavirus. Participants in the discussion groups point out that they considered “obvious fake news,” such as the claim that dairy products would protect against the virus, to be less dangerous than news whose truthfulness was harder to determine. Even before far-right social circles are suspected of fake news other countries were suspected of being the actors behind those.



“It’s difficult to say where the origin is. But I actually have the feeling that above all, I’ll say, states perhaps have an interest in destabilizing the EU.”

“I noticed that very often somehow something comes from Russia Today, that is, from state broadcasters in the direction of Russia.”

Furthermore, the attempts to explain why citizens tend to believe alternative narratives or fake news were very remarkable. There are clear differences here between those participants who actively inform themselves about political events and also participate politically and those who are interested in political events on the sidelines and also tend not to participate in general: While the former group tends to look for the reasons in socioeconomic factors (education, economic position, age), the latter group sees the reasons more in people’s search for cohesion and solidarity. At the same time, supposedly non-mobilized citizens express great understanding for this way of receiving information. It was argued that, similar to a religious community, people were looking for security in a complex world.



“Such beliefs [fake news] do not usually stand alone, and such people somewhere do not either. Subgroups, then form that spread such news and also believe in this news, and that also forms a group feeling, a sense of belonging.”

“I think that those in charge [in the media] pay more attention to profit than to enlightenment, and especially in media that are consumed by people with lower education and in poverty. That is, they have no education or less education and they are more vulnerable to misinformation. And that, above all, is very dangerous. In Media, for example, on private television, where there can be a lot of misinformation.”

A narrative of justice.

The participants' concrete wishes for Europe are manifold. However, a striking frequency emerges in the desire for more justice and more specifically, a shared commitment to social policy issues. In the words of one participant, Europe should be a "home, based on solidarity".

Among the enumerations are, for example, the desire for joint efforts in the fight against poverty, youth unemployment, and more cohesion – especially between Western and Eastern Europe. After, as explained above, the narrative of peace and prosperity has carried for a long time, it could be assumed many people now wish for a narrative of justice.



"I do think that Europe desperately needs a narrative of justice. A narrative of an actor who wants to help ensure global justice, at least starts with that approach and with that imperative."

The desire for co-creation opportunities was also mentioned. A wide variety of people emphasized that they would like to see more formats like these roundtables, but also participatory tools from the European Union itself. The conference on the future of Europe was mentioned conspicuously seldom, which suggests that it is not widely known among the participants.

In conclusion, it is noticeable that there is a great desire for exchange on European issues. Especially among those who have very rarely participated in comparable formats state that they know little about the topic but there is a great interest. The differences in the level of information about the European Union (its topics, functioning, institutions, and territories) are striking. However, the degree of information has little to do with sympathy or antipathy toward the EU.

The advantages of the Union that are perceived as particularly personal, such as the freedom to travel, could hardly be experienced recently due to the Corona restrictions. Here, there is certainly a great need to catch up in order to make the EU a positive experience again in everyday life. The topic, which nearly all participants articulated most clearly in the European framework is: justice. A big word, which the EU may only adopt as a big, new narrative if the results of this bold claim are also visible in everyday politics.

“Progress can only be achieved through debate, and democracy means that people have to debate with each other and move forward. The only question is: How are the actors involved in this debate? And there I would agree: We are not involved enough. If we had more of a voice, it would move forward differently.”



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union

This project has received funding from the European Union's Europe for Citizens programme under grant decision No. 615563 and the acronym FACTS. Since this publication reflects only the authors' views, the European Union and its Education, Audiovisual and Culture Executive Agency are not responsible for any use that may be made of the information it contains

Authors



Paulina Fröhlich



Paulina Fröhlich verantwortet den Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum. Dort entwirft sie Dialog- und Diskursräume, leitet die europäische Demokratiekonferenz „Innocracy“ und ist Co-Autorin von Studien und Discussion Papers.



Sophie Borkel

Sophie Borkel ist Junior Projektmanagerin für europäische Projekte im Progressive Zentrum. Zuvor hat sie als Referentin im Landtag Brandenburg den Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik betreut.



FACTS project – results of two focus groups meetings

WiseEuropa is one of the partners of the project FACTS¹, co-financed by the European Union within the framework of the Europe for Citizens programme. Its aim is to analyze current narratives, fake news and citizens' perception of the European Union. Two focus groups took place on 20th and 22nd of July during which the participants shared their thoughts on the above mentioned topics.

The majority of associations with the European Union are positive. Most of the participants associate the European Union itself with the opening of development perspectives for the member country. The prevailing conviction is that without this community, Poland would not be at the same stage of economic and social development today.

In this context, participants of the focus groups mentioned mainly financial help in various economic and social areas and development in general. Various investments in Poland's infrastructure, especially roads, freeways, bicycle paths, sports facilities for children, or building renovations, were often given as examples. They feel that such facilities are being built very quickly and effectively. In addition, the EU funds are subject to strict control, which ensures that the money is spent as intended.

Apart from that, the participants paid attention to funding in the academic and scientific life. Thanks to grants from the EU, students can take part in international exchanges (e.g. Erasmus). This is a great opportunity to acquire knowledge at renowned universities, gain new life experiences and learn about other cultures. In addition, European funds finance a variety of additional activities and scholarships for students and trainings for adults, helping them, for example, to acquire skills and certificates necessary for a particular profession.

¹ This project has received funding from the European Union's Europe for Citizens programme under grant decision No. 615563 and acronym FACTS. This publication reflects only the author's view and therefore the European Union and its Education, Audiovisual and Culture Executive Agency are not responsible for any use that may be made of the information it contains.

This development also has an economic dimension. Participants mentioned e.g. farmers in this respect – they also noticed that farmers with large farms benefit most, while those with smaller farms do not receive as much support from the EU. Financial aid from the EU is also associated with an opportunity for young people, because thanks to the EU smaller entrepreneurs who often need financial support to start up their business also receive aid.

The European Union is first of all a community - opening to other nationalities, a common strong currency which is the Euro, etc. In addition, accession to the EU is seen as a kind of ennoblement, distinction, because not everyone can be in this community. It was also emphasized that the EU puts ecology on an important place and sets standards in this area. For participants, the European Union is also a freedom, with its many dimensions - freedom of trade and economic circulation (many people associated the beginning of the very concept of the European Union with a community in trade), freedom of movement without the need for a passport, membership in the Schengen area, etc. Participants greatly appreciated the simplified procedures in taking up employment outside Poland. It was also pointed out that since joining the European Union it has been easier for Polish citizens to take up specialized, better paid jobs. It is also easier to receive opportunity for internships in foreign companies. The above mentioned positive associations with the European Union are seen as its strengths. It influences broadly understood development and increase of living standards in Poland. Security is also a strong point of the Union. Participants noted that although the Union does not have its own army, they believe that being a part of a certain collective provides security. Mutual assistance of member states in crises and natural disasters is also important. The recent natural disasters in the Czech Republic and Germany were set as examples, where other European countries provided support to those countries affected by natural disasters. The European Union also cares about important values - it stands watch the human rights and observes democratic values. Since Poland became the member state of the European Union, its importance in the international arena has increased and Poles are perceived differently and better by inhabitants of other member states. This concerns not only citizens but also Polish export products. Positive, personal experiences with the European Union largely coincide with the spontaneous associations and strengths of the EU that were presented earlier. These experiences are based primarily on the freedom of movement (both for tourism and business purposes) and the daily use of modernized infrastructure, among other things. The European Union has also influenced the development and establishment of e.g. more photovoltaic farms and the increase in the use of renewable energy sources.

Although participants had mostly positive associations with the EU, there were also some negative ones. These include, above all, bureaucracy and all kinds of rigid norms concerning, for example, agriculture. Excessive formalities, exceptional scrupulosity and rigid evaluations of e.g. projects are discouraging. The most frequently mentioned weakness of the

European Union by most participants (both mobilized and non-mobilized) is its bureaucracy. Respondents noticed it mainly in the process of submitting grant applications on their own and during their participation in various projects financed or co-financed from European funds. The number of documents necessary to be filled in and rigid time frames for their submission often discouraged participants from taking advantage of the programmes offered by the EU. Some regulations are also too complicated, unclearly formulated and may lead to errors. The downside of joining the community is for some participants (especially the non-mobilized) a partial loss of sovereignty. They believe that in such situation Poland is politically dependent on an organization that is above the state. Some participants also believe that the European Union is poorly handling the influx of immigrants into member states, the lack of a coherent policy on accepting refugees was highlighted. Many non-mobilized participants pointed out that decisions made by the EU are not always adapted to local circumstances. Unification was shown as a value and an advantage of the EU, but on the other hand participants feel that before introducing different kinds of laws or regulations there should be a detailed analysis to show whether this is possible in each country. Focus groups participants also have a feeling that they are not quite on an equal footing with the citizens of other EU countries. The main differences here are finances and wages. The possibility of working abroad is also associated with the outflow of specialists from various industries to foreign countries.

The participants agreed with the statement that the European Union is a guarantor of peace - a possible external aggressor may be afraid of assistance provided to each other by the community countries. It was also stressed out that being aware that we belong to some kind of community gives a sense of security and a certain psychological comfort. However, the participants are aware that the security provided by this community does not have a military dimension and concerns primarily the internal relations of the member states. The responsibility for external and military support is primarily attributed to the North Atlantic Treaty Organization (NATO).

As for the guarantee of prosperity, the vast majority of workshop participants believe that the EU is able to provide it. Since Poland joined the European community, they noticed the improved living conditions, easier and wider access to products, and cooperation between nations (e.g. in the context of pandemics). What should be also mentioned is a huge development and leveling of opportunities. A higher standard of living can be seen in many Polish towns and villages - it is not only about the improvement of roads, modernization of infrastructure or financial support for business, but also about the development of society, broadening of minds.

The mobilized participants emphasize that unity and solidarity are the basic principles of the European Union. However, unity does not mean uniformity, which allows the member

states to retain a certain amount of individuality. On the main and most important issues, the Union has similar opinions and acts together. On the other hand, the non-mobilized participants were somewhat more critical of EU unity and solidarity. They believe that it is impossible to talk about these values when each country is primarily concerned with its own interests and fights for money. Unity and solidarity are rather seen as slogans that are not trusted and do not have a bearing on practice. In their opinion, this is influenced not only by struggles for influence and finances, but also by cultural differences between nations and the past. Nevertheless, both groups (mobilized and non-mobilized) gave similar examples of unity (e.g., position on the situation in Ukraine, fight against COVID-19) and lack of it in the European Union (e.g., refugee relocation issue, Nord Stream 2).

One of the main sources of information about the European Union (both for mobilized and non-mobilized citizens) is the Internet - they mainly use various types of information services and web portals, social media, check through the Internet search engine, enter the websites of institutions, check out the formal sources. The following sites were also mentioned: www.reddit.com, www.discord.com, www.pap.pl, www.europa.eu. Other media, which play a large role in obtaining information, are mainly television (domestic and foreign) and the press. Other sources of information in this field are also schools, universities, workplaces - this refers mainly to obtaining information and using various types of European programmes (e.g. Erasmus), trainings, educational materials about the EU. Valuable sources of knowledge are also travelling and exchanging experiences.

Most participants, regardless of their level of social engagement, believe that misinformation campaigns exist and we can see them in everyday life. A great deal of false narratives, especially in the opinion of the non-mobilized citizens, can be found in social media, especially on Facebook. Some participants, both mobilized and non-mobilized, were of the opinion that the main source of false information about the European Union, especially on the Internet, is Russia. According to the participants, the authors of Eurosceptic and anti-EU narratives are often representatives of political parties in the parliament and the ruling coalition, and more recently, public television. They promote a Eurosceptic narrative according to which the EU strikes at Polish traditions, faith and sovereignty. Especially the elderly are susceptible to such narratives, they distance themselves from the European Union and are more likely to speak critically about it. Recently, the most fake news concern the COVID-19 pandemic and vaccines (specifically their health effects) and the allegations that the whole situation is some kind of medical experiment or exaggerated problem used by the authorities to use direct coercive measures and maintain a sense of insecurity among the public. It was also stressed that sometimes false information is not given intentionally, but due to lack of knowledge or fear. The main sources of disinformation campaigns are countries that could care about weakening the position of the European Union and expanding their

influence. Participants also pointed to the existence of a certain phenomenon, namely troll farms, where a specific influence with a specific overtone is dictated and published.

It is easy to believe fake news because it is simple and easily available. It takes much less time to accept a piece of information found without analyzing it than it does to verify each and every piece, especially in the current abundance (and sometimes chaos) of information and draw conclusions from it. Proper education in critical thinking and inference is also very often lacking. Fake news also often capitalizes on the public's fears and concerns, and if it confirms someone's beliefs then the willingness to verify them is less common. The main way to recognize and protect yourself from fake news is to use several sources of information - even if the original source seems extremely reliable, it is worth comparing it with others. Reaching out to official institutional websites allows you to verify information summarized in various articles on news portals. Comparing information can also be done by using foreign media, as translations can sometimes distort the original message or even deliberately misinterpret the message. You can also check different narratives and the presentation of similar facts by media associated with extremely different political or worldview backgrounds. We should also be careful with the information we find through social media - it is extremely easy to spread fake news there. A very important filter in catching fake news is our own knowledge and experience - we can see when the information we come across is too far from reality to be true. It is also important to remember about fact-checking organizations, whose aim is to demystify different kinds of fake news.

If given the opportunity, the focus groups participants would like to convey to the representatives of the EU authorities the need to reduce bureaucracy, simplify procedures and introduce more flexible approach to individual projects. They would also like to convey the need for a more thorough analysis of the feasibility of certain projects so that they respond to the real needs of local communities. Great emphasis was also placed on leveling the playing field, also in financial terms. Important issues they would like to raise with the EU authorities include climate change (more courageous implementation of changes in this respect), environmental protection and moving away from coal-based energy generation, although in this last matter greater flexibility of the EU would be expected (especially in the case of Poland, whose energy is based mostly on coal).

Opinions were divided on the importance of Polish politicians in the European arena. There were some opinions that the European Union imposes its decisions on individual member states and Polish politicians do not have much say in the European Parliament. However, this is not due to lack of opportunities, but to excessive internal conflicts and lack of one common narrative abroad. Others emphasized that there are situations in which the European law has primacy over the Polish law and this should be respected, but in general it is Polish politicians who have an influence on the decisions made in the European Union.

The consensus was that Euroscepticism exists and is a phenomenon present in Polish society. It is also perceived by non-mobilized people who are not interested in political life. One of the reasons for Euroscepticism is old habits, fear of the new and lack of personal benefits. The prevailing belief is that the European Union is first and foremost an opportunity for the young or people who can find their way in the complicated rules of EU programs. Euroscepticism also stems from a desire for reform and for the EU itself to work properly. Eurosceptics fear a loss of sovereignty and react negatively to attempts to impose certain regulations or courses of action on them. Interestingly, it has been recognized that the presence of Eurosceptic voices is needed in public discourse. This allows many improvements and reforms to be made and discussions to take place.

Das Projekt FACTS (From Alternative Narratives to Citizens True EU Stories) zielte darauf ab, die Robustheit des traditionellen Narrativs von Frieden und Wohlstand zu testen, das immer noch als die wichtigste Errungenschaft der Europäischen Union beschworen wird. FACTS wollte herausfinden, ob dieses Narrativ im Laufe der Zeit eine Delle bekommen hat, ob es weiterhin ein starker mobilisierender Faktor ist oder ob mobilisierte und nicht-mobilisierte Bürger:innen an ein anderes Narrativ als das von Frieden und Wohlstand denken. Das Projekt verglich die Perspektiven der Bürger:innen in verschiedenen Mitgliedstaaten und untersuchte, ob die Unterschiede, wenn vorhanden, geografischer Natur sind, ob die Narrative noch genauso stark sind wie zu anderen Zeiten und ob Alter oder Geschlecht eine entscheidende Rolle bei der Haltung der Bürger:innen gegenüber der EU spielen. Ziel war es, Fragen zu beantworten wie die, warum die Bürger:innen eher geneigt sind, alternativen Erzählungen, Gerüchten oder Fake News Glauben zu schenken, und ob es bei all diesen falschen Erzählungen über die Europäische Union gemeinsame Trends gibt. Schließlich brachte FACTS Bürger:innen aus jedem Mitgliedstaat, der an dem Projekt teilgenommen hatte, mit nationalen Parlamentarier:innen zusammen, um die wichtigsten Ergebnisse des Projekts zu diskutieren und den Gedankenaustausch zu fördern. Das Endziel war, dass mobilisierte und nicht-mobilisierte Bürger:innen direkt mit ihren demokratisch gewählten politischen Vertreter:innen sprechen und ihnen ihre Positionen und Visionen in Bezug auf die Europäische Union vermitteln konnten, insbesondere in Bezug auf Narrative und Desinformation.

CIDOB

BARCELONA
CENTRE FOR
INTERNATIONAL
AFFAIRS

DAS**PROGRESSIVE****ZENTRUM****ΕΛΙΑΜΕΠ**
ELIAMEP

ΕΛΛΗΝΙΚΟ ΙΔΡΥΜΑ ΕΥΡΩΠΑΪΚΗΣ & ΕΞΩΤΕΡΙΚΗΣ ΠΟΛΙΤΙΚΗΣ
HELLENIC FOUNDATION FOR EUROPEAN & FOREIGN POLICY

30+ χρόνια | years**G | M | F****The German Marshall Fund
of the United States****STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION****IaI** Istituito Affari
Internazionali**WiseEuropa**